

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erste Ausgabe
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Befreiung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Alster-Terrasse Nr. 10
Bersprecher: Nordsee 8248

Postkonten:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11698

Von den Berufsverhältnissen im Baualmargewerbe.

Die Struktur unserer Wirtschaft ist gegenüber der Vorkriegszeit von Grund aus anders geworden. Deutschland hat als fast ausgesprochener Industriestaat nicht nur unter den Lasten aus dem Versailler Friedensvertrag, sondern auch durch den Verlust weiter Ablassgebiete zu leiden, die sich infolge der jahrelangen Störungen des Handelsverkehrs für ihre wichtigsten Bedürfnisse eigene Industrien geschaffen haben. Hinzu kommt, daß uns wesentliche Landestücke mit reichen Naturschätzen genommen sind und außerdem unser Aktionsradius auch sonst erheblich eingeschränkt wurde. Unsere Lage ist durch die auf natürlichem Wege erfolgte Vermehrung der Bevölkerungsziffer nicht leichter geworden. Zwar der drohende Staatsbankrott ist durch die Inflation und damit gründlich durchgeführt Enfeindung des deutschen Volkes vermieden worden. Auch das Gefüge der übrigen europäischen Staaten, die Siegerländer nicht ausgeschlossen, wie auch der außerdeutschen Wirtschaft ist nicht weniger erschüttert, was seinen markantesten Ausdruck in der Verschuldung Europas an Amerika findet. Als Folge dieser Verhältnisse ist es kein Wunder, daß die kurzen Erholungspausen einer günstigeren Konjunktur durch langandauernde Wirtschaftskrisen abgelöst werden, die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der Wirtschaftsverhältnisse des letzten Jahrzehnts gewesen sind und noch weiter bleiben werden.

Dabei sind Annäherungsversuche zwischen den Kapitalisten der ehemals bis zum Weißbluten miteinander ringenden Völker nicht ohne Erfolg geblieben. Sie haben aber vorwiegend privatkapitalistischen Zwecken gedient, wenn dem gegenseitigen Handelsverkehr dadurch auch ein Weg zu bahnen gelungen ist. Dagegen sind wichtige Aufgaben innerer Kolonisation unterlassen worden und besonders die Beschaffung des so dringend benötigten Wohnraums — trotz dauernder Vermehrung der Bevölkerung — ist unterblieben oder doch stark vernachlässigt. Nur der weitgehenden Selbsthilfe und dem immerwährenden Drängen der von bitterster Not betroffenen Volksschichten ist es zu danken, daß der Wohnungsbau nicht zeitweise ganz eingestellt und damit die Gefahr heraufbeschworen wurde, daß die Quelle lebendigen Volkseinkommens aus Mangel an Wohnraum mit der Zeit ganz versiegen könnte.

Diese kurze volkswirtschaftliche Einleitung möge genügen, die schwierige Lage unseres Malergewerbes als eines zwar nicht als lebensnotwendig anerkannten, aber nichtsdestoweniger wichtigen Zweiges der deutschen Wirtschaft verständlich zu machen. Seine Bedeutung steht seit langem fest, wenn sie früher vielleicht auch nicht ganz gewürdigt wurde. Erst die Gesellschaft für Erhaltung der Sachwerke hat sich in letzter Zeit der Mühe unterzogen, mit ihrer Propaganda den weitesten Bevölkerungskreisen den Wert sachgewerblicher Berufsarbeit eingehend zu erklären. Welche Umsätze durch Vernachlässigung und Vorenhaltung schühender Anstriche an wertvollen Objekten jährlich verschleudert werden, ist nur schätzungsweise anzugeben. Die Schäden werden allein für Brücken und Eisenkonstruktionen mit vielen Millionen berechnet, der Gebäude, Gebäudeteile und sonstigen aus Holz, Stein usw. gar nicht zu gedenken, die zusammengenommen einen beträchtlichen Teil unseres Volkseinkommens ausmachen.

An beruflichen Arbeitskräften fehlt es nicht. Wenn vor dem Kriege zu Zeiten bester Konjunktur die vorhandenen, beruflich gut ausgebildeten Fachleute einmal wirklich nicht ausgereicht haben und vorübergehend Ungelernte zugezogen werden mußten, so ist dieser Mangel in der Nachkriegszeit längst behoben. Das geht am besten aus der letzten Berufs- und Gewerbezahlung des Deutschen Reiches vom Jahre 1925 hervor, die eine ganz gewaltige Vermehrung der Berufstätigen des Maler- und Lackierergewerbes nachgewiesen hat. Eine kurze Dar-

stellung möge das zahlenmäßig belegen. Es wurden durch die amtlichen Erhebungen gezählt:

Im Jahre	Malerbetriebe	Besatzung	Berufsbeteiligte	Besatzung
1882.....	32 626	—	68 889	—
1895.....	42 039	28,5 %	74 977	17,4 %
1907.....	53 181	21,0 %	117 771	57,1 %
1925.....	65 796	23,7 %	208 685	77,4 %

Wenn in früheren Jahren, und vor dem Kriege in regelmäßigem dreijährigen Turnus, von unserm Verbands-

Trohige Faust . . .

**Trohige Faust und trohige Stirne
Und ein heißes Herz von Sehnsucht entzacht,
Streben empor in blaue Ferne,
Streben zur Sonne, zu bannen die Nacht!**

**Trohige Faust und trohige Stirn
Und ein heißes Herz — vor diese drei
Sehe das kühl überlegende Hirn,
Dann erst werden die Menschen frei!**

**Kraft und Mut und der Liebe Macht
Sind mächtige Hebel, zu enden die Not,
Doch erst das Hirn, das da grübelt und wacht,
Zeigt Richtung und Ziel in das Morgenrot!**
Zweits.

eingehende statistische Erhebungen über die Zahl der Betriebe und Beschäftigten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. vorgenommen und deren Ergebnisse literarisch verarbeitet und veröffentlicht wurden, so mußte nach der letzten Umfrage im Jahre 1919 eine unerwünschte Pause eintreten. Die Begründung ist in der Artikelserie über die ersten Ergebnisse der im Jahre 1927 wieder durchgeführten Berufsstatistik für das Baualmargewerbe in den Nummern 1 bis 4 des laufenden Jahrganges unseres „Maler“ gegeben. Daß die Sammlung so umfangreichen Materials — das sich diesmal auf 496 Orte mit 29 669 Betrieben und auf 78 722 im Baualmargewerbe beschäftigte Personen erstreckt, von denen aus 408 Orten insgesamt 16 098 persönliche Fragebogen eingegangen sind — bei dem immerhin einfachen Apparat eines Berufsverbandes außerordentliche Schwierigkeiten macht, braucht kaum erwähnt zu werden. Müßten doch auch alle die vielseitigen laufenden Arbeiten neben der Bearbeitung dieser Statistik mit erledigt werden. Nun ist die Aufgabe soweit fortgeschritten, daß den Delegierten unseres 21. Verbandstages in Stuttgart das ziemlich umfangreiche, zirka 120 Druckseiten umfassende Tabellenmaterial — allerdings noch ohne fertliche Erläuterungen — überreicht wird.

Wegen der Ergebnisse aus den Ortsfragebogen sei auf die Veröffentlichungen durch die genannten vier Artikel verwiesen. In nachstehendem sollen noch einige Auszüge von den Resultaten der persönlichen Fragebogen zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden.

Bei Beginn des Frühjahr 1927 wurden 2 000 Ortsfragebogen und 55 000 persönliche Fragebogen an unsere 178 Filialen herausgegeben. Davon sind 496 Ortsfragebogen und 16 098 persönliche Fragebogen wieder zurückgekommen. Von den letzteren waren allerdings 695 so mangelhaft ausgefüllt, daß sie ausgeschieden werden mußten, so daß die Erhebung 15 403 Kollegen aus 408 verschiedenen Orten erfaßt und Auskunft über deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw. gebracht hat. Wie aus den folgenden Tabellen ersichtlich, konnte in der Vorkriegszeit fast die doppelte Zahl an Berufsangehörigen er-

faßt werden. Es wird also eine dringende Aufgabe unserer Funktionäre sein, in der Kollegenschaft mehr Aufklärung über die Bedeutung einer tiefgründigen Berufsstatistik zu verbreiten und sich selbst einer größeren Aktivität zu befleißigen. Im Zusammenhang damit soll hier daran erinnert werden, daß die Filialen diesmal lediglich mit der Durchführung der Statistik beauftragt waren, während von den Filialverwaltungen vor dem Kriege auch die Aufarbeitung des Urmaterials verlangt wurde, wozu vom Hauptvorstand die entsprechenden Vordrucke geliefert waren. Das hat unzweifelhaft große Vorteile gehabt, da dort eine strenge Scheidung von Wohnort und Arbeitsort durchgeführt werden konnte, weil die Kollegen dem Arbeiter zum großen Teil persönlich bekannt waren. Diese Trennung ist bei der Bearbeitung der Fragebogen aus dem ganzen Verbandsgebiet an einer Zentralfiliale natürlich außerordentlich erschwert. Obwohl wir uns bemüht haben, die Fragebogen nach dem Sitze der Betriebe zu ordnen, weil die Arbeitsverhältnisse nur an diesem Orte erforscht werden können, dürfte das besonders bei einer Anzahl Filialen mit weitläufigem Zahlstellenbetrieb wohl in der Hauptsache, aber doch nicht restlos gelungen sein. Eine Mahnung für die Zukunft, diesem nicht unwichtigen Punkte größere Beachtung zuzuwenden.

Wir stellen in den hier eingefügten Übersichten nur die entsprechenden Prozentzahlen von den Erhebungen in der Vorkriegszeit (der Jahre 1906, 1909 und 1912) zum Vergleich. Die Umfragen von 1915 und 1919 müssen schon deshalb meist außer Betracht bleiben, weil sie sich auf Ortsfragebogen beschränkten, außerdem aber wegen der damals ganz enormen Berufsverhältnisse nur sehr bedingt zu Vergleichen herangezogen werden können. Betrachten wir unter dieser Voraussetzung die Berufsbezeichnung, so finden wir, daß nur ganz unwesentliche Veränderungen eingetreten sind. Das ist verständlich, hängt doch die Bezeichnung als Maler oder Anstreicher, Tüncher oder Weißbinder stark von örtlichen Gewohnheiten ab und kann nur nach örtlichen oder höchstens bezirklichen Gesichtspunkten gewürdigt werden. Außerordentlich wichtig ist dagegen das durch die Erhebungen ermittelte Lebensalter der Berufstätigen, um so mehr man bei der immerhin großen Zahl der Befragten annehmen darf, daß das Ergebnis das tatsächliche Verhältnis unseres Baualmargewerbes getreu widerspiegelt. Danach ergab sich nachstehende Übersicht:

Nach der Erhebung im Jahre	Die Befragten hatten ein Alter in Jahren											
	unter 18	über 18 bis 20	21 bis 22	23 bis 24	25 bis 26	27 bis 28	29 bis 30	31 bis 35	36 bis 40	41 bis 45	46 bis 50	über 50
1827..	10,4	8,2	5,6	3,1	2,9	4,8	5,8	11,9	12,8	9,3	9,4	12,1
1912..	1,3	9,0	10,9	9,5	10,0	8,1	7,9	15,2	11,1	6,8	5,5	4,9
1909..	0,4	7,7	9,0	8,2	9,7	9,5	9,8	17,1	11,4	7,5	5,4	4,5
1906..	3,2	11,4	10,4	9,1	9,7	10,4	9,1	14,7	8,9	6,2	3,8	3,1

Nach der Erhebung im Jahre	unter 1 Jahr %	über 1 bis 3 Jahre %	über 3 bis 6 Jahre %	über 6 bis 10 Jahre %	über 10 Jahre %
1927.....	13,7	28,8	10,7	20,3	26,5
1909.....	11,7	44,6	26,8	12,7	4,2
1906.....	37,9	33,7	17,9	8,4	2,1

Zieht man in Betracht, daß seit Anfang 1919 rund 152 000 Mitglieder neu aufgenommen worden sind, davon 1925 19 719, 1926 13 482 und 1927 19 746, so zeigt sich,

daß die Fluktuation zwar noch außerordentlich groß, die Stabilität bei den älteren Mitgliedern aber ganz erheblich besser geworden ist. Der verhältnismäßig niedrige Bestand der Gruppe mit einer Mitgliedsdauer von 3 bis 6 Jahren spiegelt deutlich den Verlust an neu aufgenommenen Mitgliedern aus dem Inflationsjahr 1923 und der unmittelbar darauf folgenden ungünstigen Geschäftsperiode wieder. Während von den neugewonnenen Mitgliedern erfahrungsgemäß regelmäßig wieder ein großer Teil verloren geht, bewahren die Mitglieder der Organisation die Treue, wenn sie durch längere Mitgliedsdauer von der Notwendigkeit organisatorischen Zusammenschlusses überzeugt und in den Genuß der im Verbands erworbenen Rechte gekommen sind.

Die nachstehende Tabelle stellt die ermittelten Stundenlöhne zum Vergleich. Die tatsächlichen Stundenlöhne, nicht zu verwechseln mit den tariflichen Mindestlöhnen, betragen in Pfennigen für Prozent der Erfaßten:

Nach der Statistik vom Jahre	bis zu 40 % in %	41 bis 60 % in %	61 bis 80 % in %	81 bis 100 % in %	100 bis 120 % in %	über 120 % in %
1906.....	25,5	58,3	16,2	—	—	—
1909.....	14,0	65,6	20,4	—	—	—
1912.....	2,5	65,8	30,7	—	—	—
1915.....	3,1	51,2	45,7	—	—	—
1927.....	—	—	5,2	22,5	35,6	36,7

Als Ergänzung sei angefügt, daß der durchschnittliche Stundenlohn 112,4 P , der durchschnittliche Tariflohn zur Zeit der Erhebung 112 P betrug, und daß

unter dem Tariflohn 2555 Kollegen oder 18,8 % zu 7265 " " 53,3 % und über " " 3795 " " 27,9 % entlohnt wurden.

Wer sich nur einigermaßen in die vorstehenden Zahlen vertieft, der wird anerkennen müssen, daß die Tätigkeit der Organisation um die Verbesserung der Lohnverhältnisse erfolgreich gewesen ist. Unsere Erfolge könnten noch größer sein, wenn die gesamte Kollegenchaft sich restlos in unserm Verbands zusammenschließen und sich in die Kampftruppe gegen das in freien und Zwangsbindungen sowie Arbeitgeberverbänden geeinte Unternehmertum stellen würde. Das trifft auch auf die Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen zu, obwohl ein Vergleich der Tarifverträge von vor und nach dem Kriege erheblich zugunsten der letzteren ausfallen würde. Es sei hier nur an die Ferienregelung erinnert, die zwar völlig ungenügend ist, und erst etwa einem Drittel unserer Kollegen einen Arbeitsurlaub gebracht hat, aber unter besonderen Schwierigkeiten erkämpft werden mußte.

Die Zusammenstellung enthält dann noch ausführliche Tabellen über die Verteilung der Gehilfen und Lehrlinge auf die einzelnen Betriebe, über Sommer- und Winterarbeitszeit und die Arbeitspausen, den Familienstand der Befragten, die Arbeitslosigkeit, Krankenkassen, Betriebswechsel, Ferien und anderes mehr. Wir hoffen, die Auswertung des umfangreichen Materials so beschleunigen zu können, daß die Herausgabe noch vor Jahreschluß erfolgen kann. Wir sind uns bewußt, daß in unserer Statistik noch Mängel enthalten sind, die ihre Ursache aber in der Hauptsache in einem durch nichts gerechtfertigten Widerwillen unserer Kollegen gegen statistische Feststellungen haben. Diesen Widerstand zu beseitigen wird leichter sein, wenn unsere Mitgliedschaft sich recht intensiv mit den Ergebnissen dieser Erhebung beschäftigt hat.

Ein gewerkschaftlicher Dreieck.

Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker blickt in der letzten Septemberwoche auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Als im Jahre 1848 die erste große freiheitliche Bewegung durch die deutschen Gauen ging und die arbeitenden Massen den Fuß auf die Stufen zu einem höheren kulturellen Dasein setzten, nahmen die Buchdrucker in das Programm ihres wirtschaftlichen Kampfes die berufliche Fortbildung auf. Die Jahre der politischen Reaktion verhinderten das Ausblühen berufstechnischer Bestrebungen, und so kam es, daß erst im Jahre 1903 der Gedanke des Zusammenschlusses von 30 fachtechnischen Vereinen verwirklicht werden konnte.

Bei den immer schärfer werdenden Klassengegensätzen konnte es nicht ausbleiben, daß der Streit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in die Bildungsorganisationen getragen wurde, in denen die freigewerkschaftlichen Organen mit den Prinzipalen an einem Tisch saßen. Es zeigte sich, daß Bildung immer Klassenbildung sein wird. Die Leipziger Kollegen, von jeher an der Spitze der deutschen Buchdruckerbewegung, verlangten, daß die Mitglieder der typographischen Vereine und Verbände zugleich Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sein müßten. Diese Forderung wurde zum Beschluß erhoben, und bald zeigte es sich, daß die Bildungsorganisation der Buchdrucker erst jetzt auf das richtige Gleis gekommen war. Auf der „Bagra“ im Jahre 1914 trat die Einigkeit zwischen dem Verband der Deutschen Buchdrucker und dem Verband der Deutschen typographischen Gesellschaften auch äußerlich in Erscheinung, und allgemein muß anerkannt werden, daß die Zusammenarbeit vorbildliche Resultate erzielt hatte.

Ohne diese Anlehnung an die gewerkschaftliche Kampforganisation wäre die Bildungsorganisation in den schweren Stürmen der Kriegsjahre und ihrer Nachwehen unter-

Wirtschaftsethik.

Wir sind allesamt Menschen und kommen auf die Dauer nicht ohne einen menschlichen Gedanken aus, der uns binden soll. Und ist das irgendein anderes Band vorhanden zu einem andern, irgendeinem bestimmten Zweck: wir sind Menschen und suchen darum in diesem besonderen Zusammenschluß zugleich einen menschlichen Gedanken wieder. Das heißt: wir suchen in allem einen sittlichen Sinn.

Dieses Bedürfnis nach menschlichem Sinn und Inhalt des Lebens, wie es gerade im schlichten Volke so tief lebt, wird heute so oft auf falschen Bahnen geleitet. Man kauft dem suchenden Menschen durch eine Ethik kapitalistischer Wirtschaft Ethik überhaupt vor und sucht so das Bedürfnis des Menschen nach Menschlichkeit zu befriedigen.

In Amerika, wo alles eingepannt ist in den Gedanken des Dollars, da wird jetzt auch diese kapitalistische Ethik zum Geschäftsprinzip. Da hat zum Beispiel ein großer, mächtiger Konzern „Interne Geschäftsprinzipien und Politik gegenüber den Angestellten und Arbeitern“ aufgestellt, und in ihnen werden „Stolz der Arbeitnehmer auf ihr Werk“, „Geist der Brüderlichkeit“, „natürliche Freundschaft zwischen dem Arbeitnehmer und Vorgesetzten“ punktuell verlangt und die Beeinflussung der Arbeiter im Sinne dieser Punkte von den Leitungen der verschiedenen Werke gefordert.

Wir kennen die kapitalistischen Versuche einer Ethik der Wirtschaft ja auch aus den gleichen Bestrebungen in unserm Lande und haben alle Ursache, aus diesem zunehmenden internationalen Versuchen des Kapitalismus, sein Wirtschaftssystem ethisch zu gründen und zu festigen, zu lernen.

Uns schlichten, noch nicht vom Leben innerlich verdorbenen Menschen des schaffenden Volkes lebt in der Brust noch das Suchen nach einem menschlichen Sinn, den unsere Arbeit, den unser Dasein hat. Wir können an diesem Bedürfnis nicht vorüber. Das weiß der Kapitalismus genau. Auch wir müssen es für unsern Kampf wissen.

Soll die Kampfkraft des gewerkschaftlichen Gedankens in ihrem Energiegehalte weiter steigen, so müssen wir in unserer Aufklärungsarbeit zeigen, daß der Kapitalismus das tiefste menschlich-sittliche Fühlen nie befriedigen kann. Und bekämpfe der einzelne einmal ein Einkommen, wie er es nie zu hoffen gewagt hat, und würde das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch so sehr „natürliche Freundschaft“ sein, die herrschende Wirtschaftsordnung kann dennoch nie den Menschen in seinem letzten Fühlen ganz befriedigen, da der Mensch in ihr stets im Dienste einer Sache, eines Unternehmers, einer Firma, eines Konzerns steht. Doch Menschen sollen nur Menschen dienen. Und der Mensch dient dem Menschen nur dann, wenn die Wirtschaft von der Gemeinschaft getragen wird.

Das ist der hehre sittliche Gedanke des freien Gewerkschaftskampfes, daß er die Wirtschaftswelt zu solchem hohen Ziele hinaufführt. Er will mit dem Kampfe um die Existenz in heute zugleich die letzte Befreiung menschlich-sittlichen Lebens überhaupt. Hätten wir auch das sorgenloseste Leben: wir sind Knechte, solange wir einem einzelnen dienen oder einem Konzern. Wir wollen schaffen für Menschen. Wir wollen arbeiten nur für die Gemeinschaft. Aus diesem sittlichen Glauben an die neue Welt neuer Wirtschaft erwächst unser Kampf die stärkste revolutionäre Wut.

Wir erstreben den freien Menschen. Wir erkämpfen das ganze, große sittliche Glück. Und mag man auch tausendmal Ethik niederlegen im modernen Skatenspiel kapitalistischer Konzerne: die neue, reine menschliche Ethik glüht aus dem Herzen derer heraus, die durch ihren organisatorischen Kampf die ganze Freiheit wollen und die volle, freie, brüderliche Menschlichkeit.

Regelmäßige Bücherkontrollen müssen überall durchgeführt werden!

gegangen. Immer ist ja alle Kulturarbeit abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, und besonders die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft richten sich nach dem Barometer des Arbeitsmarktes und der Lohnverhältnisse. So sehr auch der Krieg die Tätigkeit der fachtechnischen Vereine störte, im Jahre 1919 war der Wiederaufbau bereits so weit gediehen, daß eine Kreisvorsitzendenkonferenz Ende November der Organisation ein neues und feiteres Gefüge geben konnte. Fortan trug die Organisation den Namen „Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker“. Die Verlagsabteilung wurde in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt, und die Leitung des Verbandes wurde in die Hände angestellter Kollegen, von denen die Geschäfte bisher ehrenamtlich geführt waren, gelegt. Den Schwierigkeiten der Inflation zum Trotz wurde die Druckerei der „Freien Presse“ in Leipzig, die nach der Parteieinigung zu bestehen aufgehört hatte, erworben und als gemeinwirtschaftliches Unternehmen unter dem Namen „Buchdruckerkasse“ weitergeführt.

Die Zusammenarbeit von Vorstand und Redaktion des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und Bildungsverband war inzwischen so eng geworden, daß die Ueberfiedelung des Bildungsverbandes von Leipzig nach der Zentrale in Berlin notwendig wurde, wo das Haus des deutschen Buchdruckerverbandes inzwischen seiner Vollendung entgegengegangen war. Im März 1926 zogen die Dreieckstrasse 5, und nun erst war der Dreieck zwischen Bildungsverband und Buchdruckerkasse nach Berlin in zwei Buchdruckerverbände und Vorstand und Redaktion des Buchdruckerverbandes vollständig. Der Bildungsverband kann heute mit Stolz auf einen Mitgliederbestand von 24000 in 438 Ortsgruppen hinweisen. Seine Zeitschriften, die „Typographischen Mitteilungen“, „Der Grauzug Betrieb“, der „Jungbuchdrucker“ und „Der Sprachwart“ haben eine Gesamtauflage von 95 500. Die Ver-

Fünfte Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die trotz ihres erst kurzen Bestehens wegen der vielfältigen und vielseitigen Tätigkeit auf allen Gebieten des Gesundheitswesens auch von der Arbeiterschaft sehr geschätzte Gesellschaft für Gewerbehygiene hielt am 11. und 12. September in Dresden ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Ueber 700 Vertreter der technischen Wissenschaft, der Medizin und der Hygiene, unserer Gewerkschaften, der Behörden, Gewerbeämter, der Arbeitgeber, Berufsgenossenschaften, der Krankenkassen usw., aus dem Auslande, bekundeten durch ihre Teilnahme an der Tagung, daß sie bemüht sind, die Ergebnisse der Forschungen auf diesem wichtigen Gebiete des Arbeiterschutzes für die Praxis nutzbar zu machen.

Die Verhandlungen des ersten Tages standen im Zeichen des Problems der Frauarbeit und ihrer Beziehung zur Volksgesundheit. Von hohem sittlichem Gehalt waren die Ausführungen des Ministerialrats Professor Dr. Thiele. Er sprach von der Tragik der Frauarbeit. Die Frauen haben seit Uraltzeiten stets hart gearbeitet. Dazu kam ihr allererster Dienst am Volke: Mutterchaft und Kindererziehung. Die Rationalisierung der Fabrikation spannt die Frau in ihre Arbeitsweise ein. Die Zahl der im Erwerbsleben stehenden Frauen hat sich von 1907 bis 1925 um das Doppelte mehr vermehrt, als es die Zunahme der Bevölkerung erwarten ließ. In Sachsen sind ein Drittel aller Arbeiter, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, weibliche Arbeiter. Der Referent führte die Senkung der Geburtenziffer auf die starke körperliche und seelische Belastung der Frau mit Hauswirtschaft, Kindererziehung und Gelderwerb zurück. Selbst die zunehmenden Heiratsziffern vermögen hieran nichts zu ändern. Wo Mütter leiden, leiden Kinder! So ist die gewerbehygienische Frauenfrage nicht eine Sonderfrage der Wohlfahrtspflege, sondern darüber hinaus die Schicksalsfrage unseres Volkes. Es muß uns gelingen, die Frage der gewerblichen Frauarbeit so zu lösen, daß Frau und Volk dabei bestehen.

Als nächste Rednerin sprach Frau Regierungsrat Dr. Elisabeth Krüger, die aus dem praktischen Dienste der Gewerbeärztin — in letzter Zeit in Grimnitzschau, dem Herzen der Textilindustrie und somit dem Zentrum der Frauarbeit — über die größten Erfahrungen über die gesundheitlichen Folgen der Frauarbeit verfügt. Sie ging im einzelnen auf die Körpererschütterungen der Arbeiterinnen durch die Art der Arbeitsweise, durch Transport schwerer Lasten, durch hygienisch unzureichende Arbeitsräume, gewerbliche Wisse und anderes mehr ein. Bei einer gewerbehygienischen Betrachtung ist stets die Gesamtleistung der Frau zu berücksichtigen, nämlich: Fabrikarbeit, Hausfrauen- und Mutterpflichten. Besonders stark wirkt sich diese vielfache Belastung während der Zeit der Schwangerschaft aus. Es läßt sich nachweisen, daß die Arbeitskraft der Frau früher als die des Mannes abnimmt und daß die gewerbliche Arbeiterin zeitiger verbraucht und verblüht ist als die in anderer Tätigkeit stehende Frau.

Dr. Küstner, Oberarzt an der Universitätsklinik Leipzig, sprach zum Thema „Schwangerschaft und Frauarbeit“. Er hält ein zweckentsprechendes Maß von Arbeitsleistung einerseits und Ruhepausen andererseits, wie sie die sogenannten Hauschwangeren in den Entbindungsanstalten haben, für die beste Vorbereitung auf die Entbindung. Vom ärztlichen Standpunkt tritt er für eine energische Durchführung des Schwangerschutzes ein.

Frau Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz machte die Frauarbeit in ihrem soziologischen und volkswirtschaftlichen Zusammenhang zum Gegenstand ihrer Ausführungen. Die sozialen Verhältnisse sind durch die wirtschaftliche Entwicklung und nicht zuletzt durch die Steigerung des Anteils weiblicher Arbeiter umgestaltet worden. Die Tatsache des Wachstums der weiblichen Erwerbsarbeit ist der beste Beweis dafür, daß ideologische Betrachtungen und Wünsche an der Wucht der harten Tatsache zerschellen. Besonders wies die Genossin Juchacz auf die Frauen in der Hauswirtschaft hin, deren Arbeit den Schutz der gewerblichen Unfallversicherung bis jetzt noch nicht genießt. Die schwangere Frau, der Säugling, das Kleinkind, das Schulkind und der junge Mensch in seiner gefährdeten Zeit des Heranreifens müssen Objekte der öffentlichen Vorsorge sein und bleiben.

lagsabteilung hat seit 1923 schon 85 Fachbücher in einer Gesamtauflage von 650 000 herausgebracht. In den letzten zehn Jahren wurden 8000 Vorträge gehalten, 2000 Kurse und ebensoviele Führungen veranstaltet. Die Büchergilde Gutenberg, die der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker im Jahre 1924 gründete, eine Buchgemeinschaft, die infolge ihrer Leistungsfähigkeit sehr bald auch von Nichtbuchdruckern beachtet wurde und vom Vorstand des DDB eine nachdrückliche Empfehlung an alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter erhielt, hat heute mehr als 50 000 eingeschriebene Mitglieder. In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Büchergilde Gutenberg, die einen Normalmitgliedsbeitrag von 1 M erhebt und dafür ihren Mitgliedern quartalsweise ein inhaltlich wertvolles und sorgfältig ausgestattetes Buch bietet, bereits 60 Bücher herausgebracht, unter denen die Mitglieder der freien Auswahl haben. Außerdem erhalten die Mitglieder der Büchergilde monatlich kostenlos eine illustrierte Zeitschrift „Die Büchergilde“, in der sie Unterhaltungstoff, literarische Notizen und Reproduktionen von Zeichnungen und Gemälden finden. Das Jubiläum des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker geht nicht nur die Kollegen am Seckstaken, an der Schnellpresse und in der Rischseeanstalt an. Dieses Jubiläum zeigt der gesamten Arbeiterschaft, was erreicht werden kann, wenn Energie und zielklarer Optimismus sich verbinden und wenn Arbeiterkulturbewegung und gewerkschaftliche Kampforganisation zusammenhalten, sich gegenseitig unterstützen und so dazu beitragen, das wirtschaftliche und das geistige Niveau der arbeitenden Klasse zu heben. Der Kampf um bessere Daseinsbedingungen kann nicht nur ausgefochten werden auf der Basis der Lohnbewegung. Der Arbeiter kann seine Ziele nur erreichen, wenn er sich alle Möglichkeiten beruflicher Ausbildung erobert und darüber hinaus sich ein geistiges Rüstzeug schafft, mit dem er gewappnet dasteht, allen kommenden Stürmen zum Trotz.

Zum Thema Frauenarbeit sprach als letzter Redner Dr. Leiser aus Berlin-Stiemensstadt. Er machte betriebsorganisatorische und technische Vorschläge zur Hygiene der Frauenarbeit, die manche Anregung enthielten. Sie ließen aber auch die Meinung aufkommen, als würde dabei von einigen verhältnismäßig gut eingerichteten und fortschrittlich geleiteten Großbetrieben auf die zahllosen andern Betriebe, vor allem auch der Mittel- und Kleinindustrie, sowie des Handwerks geschlossen, in denen es vielfach und besonders mangels einer auch nur annähernd ausreichenden Kontrolle sehr viel anders auslieht.

Für den nächsten Tag war als Verhandlungsthema „Arbeit und Sport“ ausgerufen. Ministerialrat Mallwitz, Berlin, und Dr. Klinge behandelten das Thema. Der eine vom Standpunkt des Sportarztes, der andere vom Standpunkt des Sportlehrers. Sport und Leibesübungen sind für den geistig und körperlich Arbeitenden ein wichtiges Mittel zur psychischen und physischen Erholung. Den Gewerbehygieniker interessiert insbesondere das, was in neuerer Zeit unter dem Begriff Ausgleichsgymnastik verstanden wird. Diese schafft die Möglichkeit durch bestimmte, je nach dem Charakter der verschiedenenartigen Übungen, den notwendigen Ausgleich im Gesamtorganismus herzustellen. Von besonderem Werte sind solche Übungen für den unaußergewöhnlichen Organismus der berufstätigen Frau und des jugendlichen Menschen. Hier griff Genosse Dittmar in die Aussprache ein, um unter anderem in sehr interessanter Weise die Bestrebungen der Arbeitersportbewegung und die Stellung der Gewerkschaften zu den sogenannten Werksporvereinen zu erläutern.

Den zweiten Teil dieses Tages füllte die Erörterung neuer gewerbehygienischer Forschungsarbeiten und neu aufgeworfener Fragen des Arbeiterschutzes. Gerade dieser Teil der Jahreshauptversammlung hat sich besonders bewährt, denn hier ist Gelegenheit geboten, mit Wünschen und Forderungen, die auf Beobachtungen und Material aus der Gewerkschaftsbewegung sich gründen können, an eine weite gewerbehygienisch interessierte Öffentlichkeit heranzutreten.

Brandes vom Deutschen Metallarbeiterverband wies hierbei auf Augengefährdungen durch grelle Lichtstrahlen, die sich bei Metallschweißern gezeigt haben, hin und forderte einerseits die Verhütung dieser Schäden durch geeignete Schutzmaßnahmen, andererseits ihre Anerkennung als entschuldigungspflichtige Berufskrankheit und Dr. Meyer-Brodniß, WGB, Berlin, unterbreitete der Versammlung eine interessante gewerbehygienische Untersuchung, die zusammen mit dem Schuhmacherverband fertiggestellt worden ist. Noch weitere Redner brachten neuartiges Material. Besonders sei darunter der Gewerbe-medizinalrat Dr. Telleky genannt.

Für uns war von besonderem Interesse, daß Herr Landesgewerbearzt Professor Dr. Koelsch, auf Grund eingehender Untersuchungen feststellte, daß das in den letzten Jahren aufgekommene als bößlich ungesund und also auch als unschädlich hingestellte Sulfobleiweiß auf den menschlichen Organismus genau so wirke, wie das anerkannt giftige Kammerbleiweiß. Unter größtem Erstaunen der ganzen Versammlung drückte der anerkannte Gelehrte seine Verwunderung darüber aus, wie eine Firma zu so bößlich unzureichenden Ursachen kommen könne, deren sich die Erzeugerin des sogenannten Sulfobleiweiß bediene. Professor Lehmann, Würzburg, bestätigte die erwähnten Feststellungen nach eigenen Untersuchungen in vollem Umfang. — Wir werden auf diese Angelegenheit noch zurückkommen.

Der Tagung war eine Vorbesprechung vorausgegangen, die vom Bundesvorstand des WGB. einberufen war und zu der die Vertreter der verschiedenen Verbände und die Versicherungsvorreferenten von Krankenkassen zahlreich erschienen waren. In eingehender Aussprache, die unser Kollege Streine als Vertreter des Bundesvorstandes leitete, wurde das gemeinsame Vorgehen auf der Tagung besprochen und die Arbeiten der Gesellschaft, deren Jahresbericht vorlag, eingehend gewürdigt. Dabei wurde festgestellt, daß die verschiedenen Ausschüsse, der technische und der ärztliche Ausschuss, den Anregungen der Gewerkschaften gefolgt sind und sich mit der Lösung praktischer Aufgaben des Arbeiterschutzes beschäftigt haben. Besonders wertvoll erscheinen die Arbeiten über die Auswirkung der Fließarbeit auf die Gesundheit und über die Vermeidung von gesundheitlichen Schäden beim Tiefdruckverfahren, über Lärm Schäden usw.

Dr. Meyer-Brodniß, der hygienische Sachbearbeiter des Bundesvorstandes, wies auf die notwendige Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Krankenkassen zur Bekämpfung der Berufskrankheiten hin. Die praktische Durchführung der Verordnung über die Berufskrankheiten, durch die diese den entschuldigungspflichtigen Unfällen gleichgestellt werden, läßt noch vieles zu wünschen übrig. In allen industriell stark besetzten Orten müssen von den Krankenkassen oder ihren örtlichen Verbänden gewerbehygienische Untersuchungsstellen geschaffen werden, die geeignet sind, die Berufskrankheit zu erkennen und den Krankheitsbefund festzuhalten. So wird erreicht werden, daß der berufskranke Arbeiter bei seinem späteren Rentenverfahren zu seinem Rechte kommt. Ferner kann von solchen gewerbeärztlichen Untersuchungsstellen ein starker Antrieb für die Krankheitsverhütung ausgehen, indem auf die dortigen Beobachtungen den zuständigen Gewerkschaften und der Gewerbeaufsicht hingewiesen und die Abstellung der Ursachen gefordert wird.

Fließarbeit und Arbeiterschutz.

Dieser Aufsatz unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Otto Streine, ist von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene zusammen mit andern Arbeiten: „Die allgemeinen Grundlagen der Fließarbeit“ von Dr.-Ing. C. A. Dittgen und „Die Bedeutung der Fließarbeit für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ von Gewerbearzt a. D. Dr. W. von Bonin in einem Sonderheft „Fließarbeit“ herausgegeben.

I. Nimmt die Fließarbeit im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft vorläufig auch nur eine bescheidene Stellung ein, so wird sie als ein Teil des großen, immer schneller vorwärtstreibenden, mit dem andauernden technisch-organisatorischen Fortschritt einhergehenden Rationalisierungsprozesses später sicher eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb ist der Versuch einer Klärung der Zusammenhänge von Fließarbeit und Arbeiterschutz unbedingt notwendig; dies um so mehr, als die Aufnahme von Fließarbeit nur der rein wirtschaftlichen Ermüdung entspringt, durch Erparungen an produktiver Arbeit, Zeit und Kapital eine Verminderung der Produktionskosten zu erreichen. Dem Menschen, als dem unentbehrlichen Arbeitsfaktor, ist dabei eine sehr passive Rolle zugeteilt. Jedenfalls interessiert er betriebs technisch nur so weit, als die Berücksichtigung seiner psychischen und physischen Eigenart die größte Wirtschaftlichkeit der Fließarbeit möglich macht.

Bedeutet Fließarbeit, wobei wir besonders die Arbeit am laufenden Band mit bestimmtem Arbeitstempo im Auge haben, Intensivierung des Arbeitsprozesses, so bedingt sie ganz naturgemäß im allgemeinen auch stärkere Verschleiß der dabei angewandten Arbeitskraft und im Zusammenhang damit erhöhte Gesundheitsgefahren. Das schließt nicht aus, daß durch die Fließarbeit manche bei dem alten Produktionsgang dem körperlichen Wohlbefinden des Arbeiters entgegenstehende Gefahrenmomente, insbesondere Unfallgefahren, gemindert werden können, andererseits werden aber auch neue Gefährdungen heraufbeschworen, vor denen der nun einmal auch bei der Fließarbeit nicht entbehrliche Arbeiter weitergeschützt werden muß, sei es gegen die Gefahren der Maschinen und Apparate, gegen schädliche Temperaturen, gegen Staub- und Giftgefahren, gegen Uebermüdung, einseitige Muskel- und Nervenanspannung u. a. So muß sich denn

der Arbeiterschutz bei Fließarbeit zwar aus dem schon bestehenden Arbeiterschutz herausbilden, außerdem aber der neuen Arbeitsmethode angepaßt und — wie im voraus bemerkt sein mag — wegen den aus der überstürzten Entwicklung sich ergebenden Folgen verstärkt und weit mehr als bisher individualisiert werden.

Fließarbeit an sich ist natürlich nichts Neues, denn schon bisher wurden gewisse Arbeitsprozesse in kontinuierlicher Folge durchgeführt; so hat sie unter gewissen Voraussetzungen in dem schon lange bestehenden System des Gruppenakkordes einen Vorläufer. Während aber hier immer noch viele Möglichkeiten der Abwechslung und Erholung durch Transportwege, Wartezeiten u. a. eingeschaltet waren und verhältnismäßig leicht nachgeholt werden konnte, was im Moment nicht fertiggestellt wurde, treten die bei der Arbeit im Gruppenakkord bemerkbaren Körperschäden besonders bei der durch das laufende Band intensivierten Fließarbeit bestimmt wesentlich stärker und konzentrierter auf. Natürlich spielt hierbei das Tempo des Arbeitsverlaufes eine entscheidende Rolle. Dieses aber wird am wenigsten nach dem Willen des Arbeiters bestimmt, selbst dort nicht, wo man gemeinhin von einem freiwilligen Tempo spricht. Praktisch sind hier vorwiegend Betriebs- und Produktionsverhältnisse, Kalkulationsmethoden, Konjunktur-, Lohn- und Prämienfragen maßgebend, die den Einzelarbeiter in einer bestimmten Zeit zu einer gewissen Arbeitsleistung zwingen. Deshalb wird das Tempo der Fließarbeit fast nur von dem Willen der Betriebsleitung abhängig sein, die sogar in der Lage ist, durch Einfügung von elektrischen Kontakten von einer gewissen Stelle aus den Verlauf der Arbeitskurven zu kontrollieren. Jedenfalls sind bestimmte Garantien dafür nicht vorhanden, daß die Betriebsleitungen immer erkennen, daß der zu stark angepannte menschliche Organismus um so früher versagt, je schneller das Tempo ist, und sich hierdurch der zunächst äußerlich hervortretende wirtschaftliche Vorteil naturgemäß in einen Verlust umwandeln muß.

Ein schwerwiegendes Gefahrenmoment ist die große Verschiedenheit der körperlichen und seelischen Veranlagung der einzelnen Menschen, die bei Fließarbeit jeweils unter die gleichen Arbeitsgänge gezwungen werden. Seht die Mehrzahl der Arbeiter zu Beginn des Arbeitstages scharf ein, um hierauf abzufallen, so schreiten andere erst in einiger Zeit oder um die Mitte des Tages, manche aber auch erst gegen Arbeitschluß zum Maximum fort; andere wieder arbeiten überhaupt unregelmäßig. Außerdem ist festgestellt, daß einzelne Arbeiter, selbst mit ausgezeichneten Gesamtleistungen, zu gewissen Zeiten oft ganz verschiedene, vielfach aber auch wechselnde Arbeitskurven haben. Auch nach Adler läßt sich an der durch bestimmte Veranlagungen bedingten Arbeitskurve nichts, oder doch nicht viel mehr ändern. Jedenfalls kann nur ein Teil der so ungleich veranlagten Arbeiter die ihm anhaftenden psychischen und physischen Mängel durch Gewöhnung an ein gleichmäßiges Tempo ohne Nervenschädigungen in kürzerer oder längerer Zeit ausgleichen. Die Auslese der jeweils Geeigneten aber, die hier als Hilfsmittel empfohlen wird, ist wegen der Schwierigkeit der dazu nötigen ständigen Massenbeobachtungen und Untersuchungen praktisch nur sehr bedingt und selten möglich. Nach alledem bestehen hier zweifellos sehr bedenkliche Gefahren.

Auch das gleichmäßige oder ruckweise Laufen des Bandes, dessen Laufrichtung zum Arbeitsplatz, seine Farbe und Breite im Verhältnis zur Arbeitsfläche wirkt auf jeden Menschen sehr verschieden. Sind ferner zu gewissen Arbeiten manche Arbeiter aus psychischen Gründen ungeeignet, so andere aus physischen, und doch müssen sich alle — ob zur

Monotonie oder zu Abwechslungen neigend — zufällig an ein bestimmtes Band gezwungen, dem gleichen Tempo unterordnen.

Dazu kommt die bei Fließarbeit unvermeidliche einseitige Inanspruchnahme einzelner Organe, die zu Gesundheitsschäden führen müssen, besonders da selbst ein ver einzelntes, vorübergehendes Verlassen der Arbeit zwecks notwendiger Entspannung oft zur Störung des ganzen Arbeitsprozesses führen muß und deshalb sicher meist unterbleibt.

Trotz dieser allgemein anerkannten Wirkungen der gesteigerten Intensivierung der Arbeit geht man auch in Deutschland in der Praxis vielfach von der Maximalleistung des besten Arbeiters aus, wenn auch in letzter Zeit mehr von einem Leistungsdurchschnitt die Rede ist. Aber auch dies ist ein sehr fiktiver Begriff. Da die Minderbefähigung des einzelnen nicht immer so stark und regelmäßig auftritt, daß eine Auslese der wirklich und dauernd Geeigneten bei den so schon vorliegenden Schwierigkeiten möglich ist, kann ein wirklich gefahrloses Arbeiten nur bei der Einstellung des Tempos auf die Mindestleistung möglich sein. Wenn dem vielleicht entgegengehalten wird, daß dann die Leistungsfähigeren ausgebehalten würden, so wiegt dies vom Standpunkt des Arbeiterschutzes in Verbindung mit der Sorge um eine vernünftige Menscheneconomie, nicht zuletzt aber auch um eine bessere Wirtschaftlichkeit auf lange Sicht, die sonst nachteiligen Folgen auf.

Ueberspannung des Arbeitstempos und die aus der Arbeitsstellung resultierende Monotonie der Arbeitsabteilung bilden die Ursachen physischer und psychischer Ermüdungen. Man wird die physische Ermüdung nicht generell als schädlich bezeichnen können. Professor Dr. Adler zum Beispiel weist darauf hin, daß Ermüdung unter Umständen bis zur Erschöpfung getrieben werden kann, ohne daß die Gesundheit gefährdet wird, vorausgesetzt, daß die Arbeit den ganzen Körper gleichmäßig in Anspruch nimmt. In der Regel werden bei Fließarbeit aber nur einzelne Muskelgruppen des Arbeiters in Bewegung gesetzt; nach gewisser Zeit sind daher Ermüdungserscheinungen zu erwarten, die zunächst in den beanspruchten Muskelgruppen und Extremitäten, sowie in den zugehörigen nervösen Zentren auftreten, später aber auch auf benachbarte Muskelpartien und Nervenzentren, schließlich auf den Gesamtorganismus übergreifen. Dazu kommt, daß die geistigen Funktionen durch die stärkere Einseitigkeit und einseitige Inanspruchnahme der Muskelaktivität systematisch abgebetet werden. Deshalb wird bei einem — und sei es auch nur in den beanspruchten Muskelpartien — Ermüden nicht nur die manuelle Leistungsfähigkeit, sondern auch die Geschicklichkeit in der Bedienung der Maschinen und Apparate und die Aufmerksamkeit nachlassen. Damit erfahren die Unfallgefahren ohne Zweifel eine wesentliche Steigerung. Zu deren Verhütung und zur Verhütung eines vorzeitigen Kräfteverbrauchs stellt Professor Adler in dem angezogenen Aufsatz die Forderung auf, daß für Arbeiterkategorien, bei denen das Bestehen einer Uebermüdung nachgewiesen werden kann, eine Verkürzung der Arbeitszeit angeordnet werden muß. Natürlich wäre es am idealsten, wenn es der Technik in gemeinsamer Arbeit mit Physiologen und Ärzten gelänge, Maschinen zu konstruieren und Arbeitsmethoden festzusetzen, bei denen alle wesentlicheren Ermüdungsursachen ausgeschlossen wären; doch tun sich hier so schwierige Probleme auf, daß vermutlich eine der Mehrzahl der in Betracht kommenden Arbeiter gerechte Lösung mit den vorhandenen Mitteln nicht zu finden sein wird.

Von nicht geringer Bedeutung für die Aufgaben des Arbeiterschutzes ist die Erhaltung der Arbeitsfreude und des Arbeitswillens. Diese aber sind bei einem Teil der Arbeiter durch die Monotonie der Fließarbeit stark bedroht. Uns berühren hier besonders die psychischen Verhältnisse des Arbeiters, dem seine Arbeitsabteilung selbst bei der Verrichtung kleinster Teilarbeit eine innere Befriedigung geben muß, die sodann ihrerseits schon aus sich selbst heraus eine Leistungssteigerung nach sich ziehen wird.

Hierzu stellte Hendrik de Man¹ sehr verdienstvolle Untersuchungen an. Er kommt dabei zu der Schlussfolgerung, daß man die wirtschaftlichen Vorteile der Mechanisierung der Arbeit nicht aufzugeben braucht, denn eine unbegrenzte Verbesserung des Schicksals der Arbeiter lasse sich auch in der Weiterentwicklung der maschinellen Produktionsweise und erst durch diese erreichen, wenn Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und die Möglichkeit zu seelisch-geistiger Entspannung den technischen Fortschritten entsprechend verbessert werden.

Sicher ist, daß ohne Arbeitsfreude und gegen den Willen der beteiligten Arbeiter die Fließarbeit keine dauernden praktischen Erfolge haben kann. Diese Auffassung vertritt auch Sachsenberg², der das Problem der Monotonie glaubt dadurch lösen zu können, daß er empfiehlt, unter den Arbeitern eine Auswahl vorzunehmen, so daß nur Arbeiter ohne Verlangen nach Abwechslung mit Fließarbeit beschäftigt werden — Menschen also, die keines Erachtens ihre Arbeit im Unterbewußtsein verrichten. Ein Mangel an solchen Menschen soll angeblich nicht bestehen. — Darüber wird später noch zu reden sein!

Sachsenberg, Dr. Koelsch³ und andere sind der Meinung, daß den Ermüdungserscheinungen und der Monotonie durch das Einschalten von Kurzpauzen entgegen gewirkt werden kann und tatsächlich wird dies praktisch vielfach schon versucht. Besonders wird hier auf die Bedeutung der sogenannten Kurzpausen, das heißt 50 Minuten Arbeit und folgende 10 Minuten Pause hingewiesen. Sachsenberg glaubt außerdem, Ermüdungserscheinungen bei Bandarbeit durch eine Beschleunigung des Arbeitstempos beseitigen zu können. Koelsch aber und andere lassen keinen Zweifel, daß eine richtige, wissenschaftliche Regelung der Pausen nicht einfach ist, da es absolut gleichbleibende Beziehungen zwischen Arbeitszeit, Pausenregelung und Ermüdung nicht gibt. Einen wertvollen Beitrag zur Frage der Pausenregelung und Unfallhäufigkeit liefert unter andern auch Ing. Dr. Theiß⁴. Vom Standpunkt des Arbeiters und im Interesse eines wirklichen Arbeiterschutzes ist daher die Einschaltung von geeigneten Pausen unbedingt nötig. Abgesehen davon, daß durch die Pausen Ermüdungserscheinungen physischer und

¹ Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie „Die Arbeit“ Nr. 9 und 10/1926.
² Der Kampf um die Arbeitsfreude, Jena 1927.
³ Die Fließarbeit, WGB-Bericht 1926.
⁴ Zentralblatt für Gewerbehygiene 1925, Nr. 2 und 3.
⁵ Ermüdung und Arbeitszeit als Unfallveranlassung, Reichsarbeitsblatt 11, 1928, III—61.

psychischer Art paralytisch werden, muß aber auch die Arbeitszeit entsprechend begrenzt sein. Dadurch wird erfahrungsgemäß der Endeffekt der täglichen Arbeitsleistung erhöht. Aber auch aus kulturellen und sozialen Gründen, vor allem aber auch im Interesse des Arbeiterschutzes darf die Anwesenheit des Arbeiters im Betrieb über die sonst übliche Zeit nicht ausgedehnt werden.

Ludwig Preller vertritt unserer Meinung nach mit Recht die Auffassung, daß bei Fließarbeit vor allem wegen der stärkeren Intensivierung der Arbeit eine kürzere Arbeitszeit erforderlich ist. Und wenn man die Ergebnisse der von Dr. Ing. Haebler⁶ angestellten Versuche verallgemeinern kann, käme sogar eine erhebliche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 8 Stunden und höheren Löhnen Leistungssteigerungen bis zu 200% ergeben haben. In Anerkennung dieser Tatsache wird auch nicht nur von Verfechtern des Arbeiterschutzes die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit erhoben. So unter anderem in dem schon genannten Buche „Die Fließarbeit“, Seite 65.

Bei Fließarbeit müssen beste hygienische Einrichtungen eine selbstverständliche Voraussetzung sein. Besonders ist größtes Gewicht auf richtige Platzbeleuchtung, auf bequeme, der Gesundheit nicht nachteilige Sitz- und Stehgelegenheiten, auf die Beseitigung aller arbeitshemmenden Momente und seelischen Behinderungen, die aus betrieblichen und arbeitstechnischen Ursachen herrühren, zu legen. Hier ist bewußte Arbeitshygiene ganz besonders notwendig und wird, wenn zunächst nur betriebswirtschaftlich eingesetzt, schließlich auch volkswirtschaftlich von größter Bedeutung sein. Jedenfalls würden gute Löhne und kürzere Arbeitszeit, im Verein mit hellen, luftigen und übersichtlichen Räumen bei größter Sauberkeit und Ordnung im Betrieb, den Begleiterscheinungen der Fließarbeit — der Monotonie und Arbeitsunlust und schließlich auch der einseitigen Ermüdung — entgegenwirken und einen Grad von Arbeitsfreude wecken, der manche Gefahrenmomente ausschließen könnte. Zu dem gleichen Ergebnis kommt auch Ludwig Preller in seinem Aufsatz „Fließarbeit und Arbeiterschutzes“ in „Die Arbeit“ Nr. 2 von 1926.

⁶ „Betriebsausbau bei Fließarbeit“, Reichsarbeitsblatt 21, 1927 III.
⁷ „Ein praktischer Versuch und sein Erfolg“, „Frankfurter Zeitung“, 31. 8. 1926.

Maßlose Lehrlingszuchterei.

Auf den Tagungen unserer Malermeister in den letzten Wochen standen die Belange des Malergewerbes im Vordergrund der Debatten. Es wurden auch weitgehende Beschlüsse gefaßt, und man war sich wieder einmal darüber einig, daß unser Gewerbe gehoben werden müsse. Das wirksamste Mittel sieht man, wie schon so oft, in einer wirksameren Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz, wozu der bayerische Landesverband eine Patentlösung zur Verfügung stellt, die vorläufig noch nicht preisgegeben werden soll. Auch die Lehrlingsfrage stand im Vordergrund der Beratungen, wobei man, besonders in Bayern, in erster Linie Schlußmänner hörte. Daß es im Malergewerbe eine Lehrlingszuchterei gibt und daß durch diese in sehr vielen Fällen die Schmutzkonzurrenz geradezu gefördert wird, darüber scheint man nicht viele Worte verloren zu haben. Dafür wurde aber für eine Verlängerung der Lehrzeit auf vier Jahre plädiert. Wie man es immer versteht, jedem reaktionären Streben ein soziales Mäntelchen umzuhängen, so versuchte man das auch hier wieder. So wurde erklärt, die Verlängerung sei notwendig, weil bei 3-jähriger Lehrzeit das Ende in den Herbst fällt und der Auslernende dadurch zu stark der Gefahr der Entlassung ausgesetzt sei. Wir verstehen diese zarte Rücksichtnahme zu würdigen, es wäre aber unseres Erachtens besser gewesen, überhaupt bei der dreijährigen Lehrzeit zu bleiben und dafür zu sorgen, daß der Lehrling aber auch wirklich nur zur Erlernung des Gewerbes im Betriebe gehalten wird. Dann wäre auch ein Anreiz weniger vorhanden, so viele Lehrlinge zu beschäftigen, wie das allgemein festzustellen ist. An Anregungen hat es auf diesem Gebiete bei uns wirklich nicht gefehlt, und wir erkennen gerne an, daß auch die Leitung des Reichsbundes diesem Ziele zustrebt. Wie es aber draußen im Lande mitunter aussieht und wie dort die Interessen des Gewerbes mit Füßen getreten werden, vielfach sogar von Stellen, die eigentlich zu seinem Schutz bestimmt sind, mag folgendes darzutun:

In Schweinfurt in Bayern existiert eine Firma Weger, Wolf & Co. Diese beschäftigt im Sommer neben etwa 30 Stukkateuren und Tagelöhnern 20 Malergehilfen und dazu 30 Lehrlinge, von denen 20 das Malerhandwerk erlernen sollen. Daß diese Zahl von Lehrlingen absolut und im Verhältnis zu hoch ist und von einer Ausbildung nicht im entferntesten die Rede sein kann, versteht sich von selbst. Trotzdem konnte Herr Weger jahrelang ungestört diese Lehrlingszuchterei betreiben, und auch heute legt er sein an Gewerbeschädigung grenzendes Verhalten noch unverändert weiter fort.

Nachdem für den Bereich der Handwerkskammer für Unterfranken Lehrlingshöchstzahlen nach § 130 RGO. nicht festgelegt waren und infolgedessen weit über Bedarf Lehrlinge gehalten wurden, stellten wir den Antrag auf Festlegung von Höchstzahlen, und zwar in der Weise, daß bis zu drei Gehilfen ein Lehrling, bis zu sechs Gehilfen zwei Lehrlinge, bis zu neun Gehilfen drei Lehrlinge und über neun Gehilfen vier Lehrlinge, auf keinen Fall aber mehr als vier Lehrlinge beschäftigt werden dürfen. Der Landesverband wurde gebeten, unser Vorgehen zu unterstützen, was passiert wurde. Dagegen beschloß der Kreisverband Unterfranken, als eine Unterkommision des Landesverbandes Bayerischer Maler- und Lackiererinnungen, der Kammer folgende Höchstzahlen in Vorschlag zu bringen: Für jeden Lehrherrn zwei Lehrlinge, bei dauernder Beschäftigung von einem Gehilfen drei Lehrlinge, bei zwei Gehilfen vier Lehrlinge, bei drei Gehilfen fünf Lehrlinge, bei fünf Gehilfen sechs Lehrlinge und in besonderen Fällen acht Lehrlinge. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen des Gehilfenausschusses der Kammer, also von den Unternehmervertretern allein — sogar — einstimmig gutgeheißen.

Zweiter Vorsitzender der Kammer ist Herr Landesgewerbe- rat Th. Winter in Würzburg, Vorsitzender des Kreisverbandes der unterfränkischen Malermeister.

Diese bedenklich großen Höchstzahlen erregten im übrigen Bayern sogar den Unwillen von maßgebenden Meistervertretern. Der Landesverband aber nimmt sie hin und drängt obendrein noch auf eine Verlängerung der Lehrzeit, damit die vielen Lehrlinge noch länger als billige Arbeitskraft zur Verfügung stehen, ohne Rücksicht darauf, daß schon heute selbst im Sommer nicht alle Gehilfen vom Beruf aufgenommen werden können.

Nun sollte man meinen, daß wenigstens alles getan werde, um diese Höchstzahlen zur Durchführung zu bringen und daß dort, wo vorher weit über das Ziel hinausgeschossen wurde, zunächst neue Lehrlinge nicht mehr eingestellt werden. Weder die Handwerkskammer noch die Innungen oder die Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes kümmern sich um die Durchführung, während diese Bestimmungen von den Meistern einfach nicht beachtet werden. Untern wiederholten Vorstellungen bei der Kammer blieb ein Erfolg versagt. Da stellten wir beim Gewerbeinspektionsamt Strafantrag gegen Weger & Co., weil die Firma auch nach Inkrafttreten der Höchstzahlen noch weitere Lehrlinge einstellte. Es wurde ferner Entlassung der zuletzt eingestellten Lehrlinge und ein Verbot von Neueinstellungen verlangt. Das Amt gab unsern Antrag an die Handwerkskammer zur Begutachtung. Diese beauftragte die Innung — deren Vorstand Herr Weger angehört —, Erhebungen zu pflegen. Nach vier Monaten erhielten wir endlich auf unser Drängen nicht etwa Bescheid, sondern das Ersuchen den Strafantrag zurückzuziehen, da W. in Unkenntnis der Vorschriften gehandelt habe und versprach, sich nunmehr daran zu halten. Wir lehnten das Ansinnen ab und teilten mit, daß W. erst in allerletzter Zeit drei Lehrlinge eingestellt habe. Nun drohte die Kammer endlich mit Anzeige und verfaß das Polizeiamt mit entsprechenden Weisungen. Dieses ließ sich von W. erzählen, daß die drei Lehrlinge entlassen seien und begnügte sich mit der Feststellung, daß sie bei der Ortskrankenkasse abgemeldet worden waren. Die Kammer freute sich über ihren Erfolg und teilte uns unter dem 23. August mit, daß die Entlassung durchgeführt sei. Nach unsern Ermittlungen war das aber gar nicht der Fall. Zwar wurden die Lehrlinge bei der Ortskrankenkasse abgemeldet, aber nach wie vor weiter beschäftigt. Der Handwerkskammer und dem Polizeiamt wurde auch das mitgeteilt. Ob man nun den Mut aufbringen wird, gegen diesen Gesetzesverächter wirksam vorzugehen? Wir glauben es nicht, denn Herr Weger ist ein zu einflussreicher Schweinfurter Bürger, als daß ihn das Gewerbeinspektionsamt anders denn mit Glacéhandschuhen anzufassen mag. Mit einem sündigen Gehilfen würden nicht so viel Umstände gemacht werden. Die Handwerkskammer aber ist überhaupt nicht in der Lage, diesem renitenten Unternehmer Ordnung beizubringen, denn er ist Fleisch von ihrem Fleisch, und Herr Th. Winter, der bei der Kammer großen Einfluß besitzt, ist sein Kreisverbandsvorsitzender. Von diesen Stellen sind also nur leere Gassen zu erwarten, um die sich die Meister nicht kümmern, um so mehr sich auch ihr zuständiger Landesverband völlig passiv verhält.

Für uns ist dieser Vorgang ein Schulbeispiel dafür, wie notwendig es ist, die Reichsgewerbeordnung von Grund auf umzugestalten, damit den Gewerkschaften bei der Neu- regelung der ihnen gebührende Einfluß eingeräumt wird. Erst wenn dieses Ziel erreicht sein wird, ist eine Besserung zu erwarten.

Auswanderung und Arbeiterkraft.

Die Auswanderungsfrage wird in den nächsten Jahren eine weitere Zuspitzung erfahren. Die Wirtschaftskrisis, in der die Länder stecken, zwingt die einzelnen Staaten, die fremde Einwanderung zu erschweren. Vergnügungsreisenden wird man auch weiterhin alle erdenklichen Erleichterungen gewähren, aber den einwandernden Arbeitern, die kein Geld bringen, sondern lediglich mit der Hoffnung auf eine neue Existenz kommen, werden erhöhte Schwierigkeiten gemacht werden.

Die freibenden Gründe der Auswanderung sind wirtschaftlicher Natur. Demzufolge richtet sich im allgemeinen der Strom der Auswanderer aus den Ländern mit hochentwickelter Kultur nach den Gebieten mit reichen natürlichen Hilfsquellen. hauptsächlich der oft durch verhältnismäßige Ueberschichtung erzeugte Mangel treibt größere Scharen, zumeist die noch nicht ganz verarmten, energischeren Elemente über das Meer. Hinzu kommt noch, daß die un- sicheren Verhältnisse in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit Hoffnungen auf dauernden und ausreichenden Verdienst und ein besseres Fortkommen im andern Lande erweckt. Diesen Umständen ist es im wesentlichen zuzuschreiben, daß sich der Hauptstrom der deutschen Auswanderer seit jeher nach überseeischen Ländern gerichtet hat.

Die deutsche Auswanderung ist seit 1923 besonders stark. Die Tatsache steht fest, daß, vielleicht mit Ausnahme der Auswanderungsperioden in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, heute bedeutend mehr Deutsche die Heimat nach überseeischen Ländern verlassen, als in der Vorkriegszeit. Im Jahre 1912 wanderten 18 500 Deutsche aus, 1913 rund 25 000 und 1914 rund 12 000. In den Kriegsjahren war die Auswanderung naturgemäß nur sehr gering. In der Nachkriegszeit entwickelte sie sich wie folgt:

1919	3 144	1923	115 416
1920	8 458	1924	58 328
1921	23 451	1925	62 705
1922	36 527	1926	65 280
	1927		61 379

Eine Abminderung des Auswanderungsandranges wird in den kommenden Jahren schon aus dem Grunde zu erwarten sein, weil die Vereinigten Staaten die Einwanderungsquote für Deutschland bedeutend herabgesetzt haben. Im Jahre 1927 wanderten 58 000 Deutsche nach der amerikanischen Union aus; nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes werden nur noch 25 000 zugelassen. Trotzdem wird Amerika auch künftig noch das Reiseziel der meisten Auswanderer bleiben; gehen doch rund 95% aller deutschen Auswanderer nach dem Dollarlande.

Als bemerkenswerte Tatsache verdient festgehalten zu werden, daß die Einwanderung nach Argentinien und Brasilien, die vor einigen Jahren vielen als das Zukunftsland erschien, erheblich nachgelassen hat. Nach Kanada hat die Auswanderung gehoben, und die deutsche Auswanderung nach Afrika zeigt eine ansteigende Tendenz. Nach Asien und Australien ist die Auswanderung gering. Ueber die Entwicklung im einzelnen unterrichtet folgende Tabelle:

	1925	1926	1927
Vereinigte Staaten	48 195	51 145	47 151
Brasilien	4017	3302	2212
Argentinien	3787	3975	3605
Mittelamerika	766	498	156
Afrika	1524	1883	1617

Was die Berufsangehörigkeit der Auswanderer an- betrifft, so läßt sich feststellen, daß Handwerker oder industrielle Berufsgruppen an erster Stelle, die landwirtschaftlichen an zweiter und Handel und Verkehr an dritter Stelle stehen. Daß die ländliche Bevölkerung Deutschlands in starkem Maße auszuwandern pflegt, hat seinen hauptsächlichsten Grund darin, daß der Erwerb eigenen Landes bei uns sehr schwer, für das heillos Landproletariat aber fast unmöglich ist. Einschließlich der Angehörigen verteilen sich die Auswanderer auf folgende Berufsabteilungen:

	1925	1926	1927
Landwirtschaft	12 887	13 580	14 595
Industrie	19 192	22 403	20 183
Handel und Verkehr	8888	10 808	8 895
Verwaltung u. freie Berufe	1667	1 677	1 452
Häusliche Dienste	6874	7 207	7 525
Gesundheitswesen	777	576	625

Im allgemeinen ist die Auswanderung in den ersten 4 Monaten des Jahres immer am größten. In den Sommermonaten zeigt sich eine starke Abschwächung, während der Monat Oktober allgemein als Rekordmonat anzusehen ist.

Die Frauen sind an der Auswanderung naturgemäß erheblich schwächer beteiligt; was unter anderem hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß sich den selbständig erwerbstätigen Frauen nur geringe Fortkommensmöglichkeiten bieten. In dem Hauptauswanderungsland Amerika liegen die Aussichten nicht günstiger als bei uns. Immerhin ist die Zahl der weiblichen Auswanderer nicht gering. Im Jahre 1927 befanden sich unter den Auswanderern 25 450 weibliche Personen, einschließlich der mit- oder nachreisenden Ehefrauen, 1926 waren es 26 749 und 1925 wurden 27 340 gezählt. Im Rekordjahr 1923 bezifferte sich die weibliche Auswanderung sogar auf 48 000 Personen.

Man muß sich darüber klar sein, daß die Auswanderer fast durchweg Arbeiter und Angestellte, zum Teil auch abgebaute Beamte sind, die damit rechnen, im Auslande leichter ihr Fortkommen zu finden als zu Hause. Bei der geringen Aussicht, in Deutschland überhaupt noch dauernde Erwerbsmöglichkeiten zu finden, versuchen viele, über das große Wasser zu kommen. Sicherlich wäre die Auswanderungsziffer noch höher, wenn das Geld nicht so knapp wäre und wenn man wüßte, wo man sich hinwenden kann, um sicheren Boden unter die Füße zu bekommen.

Aber all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um ein volkswirtschaftliches Problem handelt, das auch noch andere Seiten hat. Die niedrigen Löhne und Gehälter, die in Deutschland zur Zeit gezahlt werden, sind gewiß nicht geeignet, den Arbeiter und Angestellten in der Heimat zu halten. Bei dieser Entlohnung kann ihm niemals die Hoffnung werden, für spätere Tage etwas zu erkrüpfen. Was liegt näher als der Gedanke, nach Ländern auszuwandern, wo mehr verdient wird. Um der Auswanderung vorzubeugen, müssen alle wieder einen Platz im Produktionsprozess finden, die herausgezogen wurden und trotz aller Mühe und Anstrengung nicht wieder hineinkommen können. Wer monatelang, ja länger als 1 Jahr erwerbslos bleibt, den verlockt leicht jede geringste Aussicht zum Auswandern. Dann werden die letzten Groschen zusammengekauft, der letzte Hausrat wird verkauft, um das nötige Geld zusammenzubekommen, daß es zur Reise reicht. Wenn also die Auswanderung verringert und der Heimat wertvolle Kräfte erhalten bleiben sollen, dann ist damit zu beginnen, die Lebenshaltung in der Heimat selbst erträglicher zu machen.

Kaufkraft, Arbeitsmarkt und Wirtschaftskonzunktur.

Diese Begriffe stehen miteinander in enger Wechselwirkung. Auf die Höhe des Arbeitslohnes sind die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt von größter Bedeutung, und umgekehrt bestimmt die Lohnhöhe die Ausmaße der Arbeitslosigkeit in weitestgehendem Maße. Dieses gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis erklärt sich aus dem Wesen der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Betrachten wir zunächst die den Arbeitsmarkt regelnde Funktion des Arbeitslohnes. Der Lohn- oder Gehalts- empfangen hat für seinen Arbeitsentgelt nur zwei Verwendungsmöglichkeiten. Er kann dafür Waren kaufen oder er kann ihn sparen. Theoretisch gibt es noch eine dritte deselben nach Großmutterart im Strumpfe zu verwahren. Das ist kein Sparen im volkswirtschaftlichen Sinne, sondern ein Aufbewahren, was aber bei unserer Betrachtung auscheiden soll, da diese Form heute kaum noch wesentlichen Umfang annehmen dürfte. Welche arbeitsmarktlichen Folgen zeitigt nun die jeweilige Lohnverwendung?

Werden für den Lohn Waren gekauft, so vermehrt sich der Warenumsatz. Die erste Wirkung wäre hierbei im Handelsgewerbe zu merken; denn in der Warenverteilung im Kaufhaus oder der Verteilungsstelle des Konsumvereins müssen natürlich die notwendigen Kräfte für das Verkaufsgeschäft tätig sein. Das hieße also bei hohen Löhnen erst einmal Entlastung des Arbeitsmarktes, soweit Warenverteilung und Warentransport in Frage kommen. Aber damit ist dieser Prozeß noch nicht beendet. Die geforderten Waren müssen auch erzeugt werden. Werden nun wegen verstärkter Nachfrage infolge hoher Löhne größere Mengen von Waren produziert, so erfordert das wiederum die notwendige Zahl von Arbeitskräften, um den Markt befriedigen zu können, also verstärkte Beschäftigung in den Waren erzeugenden Gewerben. Siervon würden in erster

Einle die Konsumgüterindustrie betroffen werden. Sind diese verstärkt in Tätigkeit, so werden sie gewissermaßen selbst wieder zu großen Kunden. Ihr Verbrauch an Rohstoffen und Maschinen wächst, wodurch eine Belebung auch in diesen Industriezweigen eintreten dürfte, was auch hier verstärkte Beschäftigung und damit Entlastung des Arbeitsmarktes zur Folge hätte. Das zeigt, daß der Arbeitsmarkt in allen seinen Teilen abhängt von der Kaufkraft der großen Verbrauchergruppen, von der Lohnbemessung der Arbeiterschaft.

Nun zur zweiten Verwendungsmöglichkeit des Arbeitsvermögens, dem Sparen. Erhöhte Sparfähigkeit ist verstärktes Geldangebot. Der Preis des Geldes ist der Zinssatz. Er sinkt — dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend — bei starkem Anwachsen der Sparkapitalien. Niedriger Zinssatz ist der stärkste Motor der Unternehmerrätigkeit. Und hier zeigt sich der Einfluß auf den Arbeitsmarkt, da infolge verstärkter Geschäftsbelebung die brachliegenden Arbeitskräfte aufgelöst werden. So leben wir, daß hoher Lohn, ganz gleich, ob dafür reiflos Waren gekauft werden oder ob er zu einem Teile gespart wird, stets den Arbeitsmarkt in günstigem Sinne beeinflußt.

Andererseits sind für die Lohnbemessung die Arbeitsmarktverhältnisse von großer Bedeutung. Daß bei guter Konjunktur und nur geringer Arbeitslosigkeit Lohnbewegungen mehr Erfolg versprechen, als wenn ein Arbeitslosenheer vorhanden ist, ist ein alter gewerkschaftlicher Erfahrungssatz. Die proletarische Reservearmee ist auf den Lohn von großem Einfluß, wenn auch das moderne Arbeitsrecht, vor allem durch die Unabhängigkeit der Tarifverträge, ihre für die Arbeiterschaft unvorteilhaften Auswirkungen stark abgeschwächt hat. Vom Verschwinden dieser Reservearmee versprechen sich Wirtschaftstheoretiker, wie der Frankfurter Professor Oppenheimer, für die Lohn- und Arbeitsgestaltung der Arbeiterschaft die größten Erfolge, die — nach Oppenheimer — dann mit Sicherheit zu erwarten sind, wenn zwei Kapitalisten einem Arbeiter nachlaufen, im Gegensatz zu heute, wo zwei Arbeiter einem Kapitalisten nachlaufen.

Aber nicht nur gewerkschaftspolitisch, sondern auch rein wirtschaftlich gesehen, ist große Arbeitslosigkeit infolge Ausfall von Kaufkraft ein tiefwirkender Uebelstand. Einem Mitarbeiter im Handelssteil des „Berliner Tageblatts“, Dr. H. Heichen, kommt das Verdienst zu, eine exakte Berechnung darüber aufgestellt zu haben, in welchem Maße durch das Erwerbslosensein ein Kaufkraftausfall stattfindet. Dr. Heichen hat unter Zugrundelegung eines Monatsverdienstes von 180 M für den Durchschnitt des gelernten und ungelerten Arbeiters, abzüglich der an den Erwerbslosen gezahlten Unterstützung, folgenden Kaufkraftausfall errechnet:

Zahl der Erwerbslosen	Kaufkraftausfall in Millionen Reichsmark pro Monat	pro Jahr
100 000	10,5	126
200 000	21,0	252
300 000	31,5	378
400 000	42,0	504
500 000	52,5	630
1 000 000	105,0	1260
2 000 000	210,0	2520

Bei einem Erwerbslosensein von 2 Millionen beträgt der jährliche Ausfall an Kaufkraft über 2½ Milliarden Mark. Das ist mehr, als wir an Reparationen zahlen müssen, oder etwa 4 bis 5 % des gesamten deutschen Volkseinkommens, das auf 50 bis 60 Milliarden Mark jährlich geschätzt wird. Es ist erst etwas über zwei Jahre her, daß wir diese Ziffer an untertägigen Vollzeitarbeitslosen zu verzeichnen hatten. Sie hat seitdem erfreulicherweise nie wieder diesen Rekordstand erreicht, aber 1 Million Erwerbsloser mit einem Kaufkraftausfall von rund 1,3 Milliarden Reichsmark zählen wir noch am 1. April dieses Jahres. Wenn wir zur Zeit der saisonünstigen Monate Juli und August noch ein Erwerbslosensein von annähernd 600 000 Mann haben, wodurch monatlich für 63 Millionen Mark weniger Waren gekauft werden können, als bei dessen Nichtvorhandensein, so sagt uns diese Tatsache, daß kein Mittel unversucht gelassen werden darf, um diesen wirtschaftspolitischen Uebelstand zu beseitigen. Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsunterstützung und Notstandsarbeiten sind sozialpolitisch gesehen, bittere Notwendigkeiten, aber an der Wurzel kann das Uebel nur ausgerottet werden, wenn es der gewerkschaftlichen Arbeit gelingt, die Kaufkraft des inneren Marktes durch Steigerung des Reallohnes zu erreichen.

Der gewerkschaftliche Mensch.

Ursprünglich wurde das als gut, als sittlich empfunden, was der Art dienlich war. Sittliches Fühlen, wenn man diesen primitiven Zustand so nennen soll, war Artföhl. Nichts ist, das wußte schon Shakespeare, an und für sich gut oder schlecht. Das Gute stand in Beziehung zum Nutzen der Art.

Als dann aber das erste Werkzeug erfunden war, da wurde es anders. Wer das Werkzeug besaß, der hatte eine beherrschende Stellung. Das erste Produktionsmittel dieser schlichtesten Art war der Keim zur Zerteilung der Art in Klassen. Und damit zur Ausnutzung der Ethik für die Klasse der Besitzenden und für den Staat, der diese Klassenzerstörung sanktionierte. Wenn Philosophen und Religionsstifter demgegenüber auch oft eine edlere Ethik niederlegten, praktische Bedeutung hatte sie nicht. Sie wurde im Sinne der jeweiligen wirtschaftlichen Machtverhältnisse ausgelegt und konnte sich auch gar nicht entfalten, weil die Trennung in Klassen ein freies Ausleben im Sinne großer Ethik gar nicht zuließ. Es ist die kulturelle Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung, daß sie mit dem Streben nach Aufhebung der Klassen auch der Befreiung der Ethik den Weg bereitet. Das Werkzeug, die Maschine, die Produktionsmittel, die Arbeit, alles soll Gemeinschafts Sache sein. So daß damit notwendig auch die Ethik Gemeinschaftsethik wird. Mit der alten Ethik kommen wir in unserer Aufgabe der Gestaltung einer grundsätzlich andern Wirtschaftswelt nicht aus. Das brachte auch die Aussprache auf dem Gewerkschaftskongress zum Ausdruck. Die alte Ethik galt für den alten politischen und wirtschaftlichen Zustand, und

wir müssen uns von ihr frei machen, wenn wir den reinen, unverdorbenen ethischen Energiewert des Menschen in den Dienst unserer Aufgabe stellen wollen.

Die alte Ethik war individualistisch, weil die Wirtschaft individualistisch war. Die alte Ethik war die Ethik unfähigen Vertrauens und Glaubens an einen höheren sittlichen Gedanken, weil tätiger Glaube der bestehenden Ordnung gefährlich war. Und diese beiden Punkte: Tat und Gemeinschaft sind die Kernstücke der Ethik, die der Befreiung dient.

Diese neue Ethik als Tat für die Gemeinschaft setzt eine unerhörte Aktivität voraus. Bisher wurde die Ethik entwürdigt zu einem Gefühl fester Zufriedenheit und einer Entfaltung nur in kleinen Nischen des Lebens. Jetzt dringt der Mensch über die kleinen Grenzen seines Werktags hinaus in das Große. Jetzt will er die Eroberung der wirtschaftlichen Macht im Sinne einer Gemeinschaft. Und diese Weltaufgabe, die er sich setzt, verlangt einen ethischen Weitblick, wie noch keine Zeit ihn verlangt hat.

Alle Welt weiß, daß das Proletariat unserer Zeit hauptsächlich durch die Einführung und Verbesserung der Maschinen bedingt worden ist, daß in dem Maße, als der Ackerbau, die Fabrikation, die Schifffahrt und der Straßenverkehr durch die Vervollkommnung der Gerätschaften eine nie geahnte Ausdehnung erlangt haben, die Menschenkraft alle Autonomie (Selbstständigkeit) verloren hat und als ein Glied, als ein zwar lebendiges, aber totem Wert äquivalentes (gleichwertiges) in den Maschinenbetrieb eingetreten ist. Die Menschen gelten nur noch als Hände! Soll aber das der Sinn der Maschinen in der Kulturgeschichte der Völker sein? Sollen die Triumphe des menschlichen Genies zu weiter nichts dienen, als das Menschengeschlecht elend zu machen? Gewiß nicht.

Rudolf Virchow.

Damit erlebt der Mensch in dieser Gemeinschaftsgestaltung zum ersten Male den großen Sinn, den Ethik hat, dieses Grenzen Niederreißende, alles Bindende und Umfassende. Aus der Ethik, die in ihrem allerersten Stadium der Art diente und ihren Nutzen, wurde die Klassenethik. Doch nun kehrt die Ethik nach dieser Epoche der Klassenzerstörung, dieser Vorgeschichte der Menschheit, wieder zu ihrem Ursprung zurück, wieder zurück zu ihrem eigentlichen Sinne, der Art zu dienen, nicht einer Sache, sondern einem Lebendigen, Gemeinshaftlichen. Und sie setzt diese Aufgabe sofort im ganz Großen, indem sie die Menschheit als eines umspannt. Dieses dem Menschen so wesentliche Ethische, dieses eigentliche Menschliche, das Jahrtausende hindurch durch die wirtschaftliche Klassenbildung verkümmert ist, wacht jetzt auf. Der Mensch wird sich jetzt nach jahrtausende langem Schlummer seiner selbst bewußt. Er fühlt jetzt die stittliche Größe dessen, das da Mensch heißt. Und da ist es ein wichtiger Dienst am Befreiungswerke, dieses Aufatmen der erwachenden freien Seele zu nutzen und dieses Erwachen des Menschlichen als Kampfeswert einzuspannen in unsere Gestaltungsaufgabe, die wir der Wirtschaft gegenüber haben.

Von heute auf morgen kann diese Aufgabe nicht geleistet werden. Der Gewerkschaftskongress in Hamburg brachte es wieder zum Ausdruck, daß die Revolutionierung der Wirtschaft durch Demokratisierung eine Arbeit von Geschlechtern ist. Aber er war zugleich mit diesem Bekennen der Ausdruck eines starken stittlichen Wollens. Ein Glaube durchlebte ihn, ein tätiger Glaube, der stittliche Glaube an den Menschen, und das ausgeprägte Bewußtsein, daß dieses wirtschaftliche Werk zugleich ein heiliges Werk am Menschtum ist. Und nur in solchem Geiste ist das Werk zu vollbringen. Es gilt dem Ganzen; da kann das Fühlen nur solidarisch umspannend sein. Es gilt dem Neuen; da kann das Wollen nur frei von Ererbtem sein und frei von Spießertum und Kleinmut.

Ohne den gewerkschaftlichen Menschen kann das wirtschaftliche Werk der Gewerkschaften nicht geschehen. Und darum ist das ein Stück unserer Bildungsaufgabe, zum gewerkschaftlichen Menschen zu erziehen, zum gewerkschaftlichen Charakter, der freie Persönlichkeit und Arbeitsbruder in einem ist. Nur als Kämpfer sind wir Ueberwinder. Nur als Menschen, die ihr Glück im Werke für das Ganze finden, sind wir groß. Und als Weltgestalter sind wir würdig dieser Stunde, wenn wir in jähem Opfermutte vorwärts schreiben, Schritt für Schritt.

Aus unserm Beruf

Stahlhelmers Freuden und Leiden.

Folgendes niedliche Geschichtchen wird uns aus Dresden mitgeteilt. Hatte dort Malermeister Söhler einen Arbeiter nötig, und da sein Sohn begeisterter Stahlhelmer ist, musterte dieser einen seiner Bundesgenossen an, und zwar zum Preise von wöchentlich 40 M. Die so geflochtenen Bande müssen sehr innig gewesen sein, denn Herr Söhler ließ seinen Bundesbruder auf seine Kosten unter Fortzahlung des Lohnes zum Frontsoldatentag nach Hamburg fahren und kaufte ihm auch noch allerlei Klamotten. Obwohl der so Umworbene erst nicht recht wollte, hatte die Aufklärungsarbeit unserer Kollegen dennoch Erfolg, und dabei erfuhr er auch, daß er wöchentlich um 8 M. zu billig arbeite. Er ging deshalb an seinen Arbeitgeber heran, aber die Folge war die sofortige Entlassung. Hierauf nahm sich natürlich unsere Organisation der Sache an. Dieser gelang es nicht nur, eine Nachzahlung von 130 M. zu erreichen, sondern auch zu verhindern, daß davon die Reisekosten zum Stahlhelmtag abgezogen wurden.

Da nun der Stahlhelm niemand in seinen Reihen dulden kann, der seinen verdienten Lohn verlangt, erhielt der Schuld-beladene alsbald folgenden Brief:

Der „Stahlhelm“

Bund der Frontsoldaten Dresden-N., 20. August 1928.

Gau Ostachsen.

Einschreiben.

Herrn Rudolf Sch... Dresden-N.

Sie haben Ihrem Kameradschaftsführer, der gleichzeitig Ihr Arbeitgeber war, gegenüber ein Verhalten an den Tag gelegt, das sich mit den Grundätzen der Stahlhelmkameradschaft nicht vereinbaren läßt. Auf Antrag der Ortsgruppe Dresden werden Sie unter dem heutigen Tage aus dem Stahlhelm ausgeschlossen.

Mitgliedsbuch und Abzeichen sind gemäß schriftlich eingegangener Verpflichtung an die Geschäftsstelle der Ortsgruppe zurückzusenden. Der Gau steht der Rücksendung bis zum 25. August 1928 entgegen.

Der Stahlhelm, V. d. F.

Gau Ostachsen.

geh. R o s b a c h, Führer.

Und das Ortsparlament Dresden erhielt von Herrn Söhler folgenden, nicht weniger bezeichnenden Brief:

Ich bitte hierdurch nochmals, wie ich es auch bereits fernmündlich Herrn Kollegen Schmidt gegenüber getan habe, dem von mir entlassenen Sch., dem das Geld zugute kommen soll, so wenig wie möglich auszusahlen. Ich betone hierbei nochmals, daß ich dem Sch. mehr Lohn gezahlt habe, als er verlangte. Er, der monatelang erwerbslos war, war froh, wieder einmal arbeiten zu können. Ich habe ihm nicht nur Arbeit, sondern auch verschiedenes anderes (Matratze, Kleiderschrank und andere Kleinigkeiten) zuhause lassen. Es zeugt von der Herzensbildung dieses Menschen, wenn er sich nun auf diese Weise dankbar zeigt.

Einer meiner Bekannten hat ihm vor längerer Zeit 10 M. geliehen. Könnte dieser Betrag nicht von der ihm auszuhaltenden Summe abgezogen werden?

Kriegsbegeisterung und Herzensbildung wohnen niemals beieinander, dafür ist Herr S. ein sprechender Beweis. Kriegsbegeisterung ist ferner aber auch nur dann entwickelt, wenn sie etwas einbringt, auch dafür zeugt Herr S., wie vielfach fällig auch der letzte Krieg. Natürlich sind die Wünsche des Herrn S. nicht erfüllt worden. Ob er aus diesem Falle lernen wird, soll nicht unsere Sorge sein. Daß er uns aber bei der Agitation unter den Unorganisierten, ob sie Stahlhelmbegeistert sind oder nicht, gute Dienste leisten wird, glauben wir bestimmt.

Hamburg. Entsprechend dem Beschluß einer früheren Versammlung tagte am 24. September eine gut besuchte Mitgliederversammlung, die sich speziell mit dem der Generalversammlung vorliegenden Entwurf für die Invaliden- und Altersunterstützung befaßte. Kollege L o n n referierte eingehend über die Vorlage und ersuchte die Versammlung, ihr Einverständnis mit dem Entwurf zu bekunden. Die Werbekraft unserer Organisation werde zweifellos bedeutend gewinnen und die Stabilität in dem Mitgliederbestand sicher günstig beeinflusst werden. Bei Ablehnung des neuen Unterstützungszweiges liege auch die Gefahr vor, daß zahlreiche Kollegen, die auf Grund ihres Arbeitsplatzes dazu die Gelegenheit haben, in andere Verbände, die diesen Unterstützungszweig bereits eingeführt haben, abzuwandern. In Hamburg ist die Zahl der Kollegen, die in anderen Verbänden organisiert sind, schon jetzt, wie die Statistik nachweist, sehr erheblich. Die Aussprache war sehr lebhaft und zeigte, welches große Interesse die Vorlage in weiten Kollegenkreisen ausgedöst hat. Von kommunistischer Seite wurde in schärfsten Tönen gegen die Absicht, eine Invaliden- und Altersunterstützung einzuführen, gewettert. Aus Prinzip erklärten sich diese Gegner dagegen, der Staat soll helfen. Wobei man Danzkerkreuzer, Koalitionsregierung, die dreimal verfluchte Sozialdemokratie und russische Verhältnisse bunt durcheinander warf. Auch den Einwand, daß die Gewerkschafter doch gegen ihre alten, nicht mehr arbeitsfähigen Kollegen, die 20 und 30 Jahre lang sich als treue Mitkämpfer bewährt haben, Solidarität üben müssen, wenigstens solange, bis der Staat dahin gebracht sei, für seine alten, mittellosen Bürger besser zu sorgen, beantworteten die kommunistischen Kollegen mit Hohngelächter. — Die Weltrevolution könnte durch solche sozialen Unterstützungen aufgehalten werden.

Dem entgegenstehend, äußerten sich zahlreiche Kollegen in sachlicher Weise und in zustimmendem Sinne. Besonders beachtenswert war auch, daß der Betriebsobmann der Großfirma C. Aug. Meyer, Kollege Knuf, im Auftrage seiner Betriebsversammlung die Meinung seiner Kollegen vortrug. Diese ging dahin, daß sich die Kollegen der genannten Werkstatt geschlossen für die Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung einsetzen. Sie halten den Entwurf allerdings noch für verbesserungsfähig und sprechen die Hoffnung aus, daß bald alle Gewerkschaften diesen Unterstützungszweig eingeführt haben, und daß dann bald ein nächster und größerer Schritt getan werden könne, nämlich die Zusammenlegung aller dieser Klassen zu einer großen, leistungsfähigen Invaliden- und Altersunterstützung aller Gewerkschafter. Nicht zuletzt darum, um einer besseren, staatlichen Regelung der gegenwärtigen Versicherung die Wege zu ebnen. Ein vom Kollegen Mahlmann eingebrachter kommunistischer Antrag, der die Ablehnung der geplanten Unterstützung verlangte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit haben sich die Hamburger Kollegen in ihrer großen Mehrheit grundtätig für Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung erklärt.

Gegen Schluß der Versammlung nahm der Kommunist Mahlmann Gelegenheit, den Inhalt des Artikels „Aufstakt zum Gewerkschaftskongress“ im „Arbeiter“, Nr. 36, als unklar hinzustellen. Er versuchte, unter Zustimmung seiner politischen Freunde, das Vorgehen der kommunistischen Messerhelden bei der Begrüßungsfeier des Jugendfestes und des Gewerkschaftskongresses am Abend des 1. September vor dem Gewerkschaftshaus zu rechtfertigen, und drohte, daß bei späteren ähnlichen Gelegenheiten der Rotfrontkämpferbund gegen das Reichsbanner mit äußerster Schärfe vorgehen werde. Der Versammlungsleiter wies die maßlosen Angriffe zurück und bedauerte, daß ein Verbandskollege nicht nur nicht entschieden abtrübt von dem Verbrechen und dessen geistigen Urhebern, sondern es noch unternimmt, unter Mißbrauch unserer Versammlung dieses Verbrechen zu verteidigen.

Hamburg. Am 25. August feierte unsere Filiale ihr 44. Stiftungsfest, gleichzeitig nahm sie die Weihe des von der Filiale der Jugendabteilung gestifteten Wimpels vor. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Kollegen Momme, hielt Kollege Harloff die Weiherede. Er schilderte kurz die Entwicklung der Jugendabteilung in unserm Verbande, ferner deren Aufgaben und Ziele und sprach die Hoffnung aus, daß sich alle Lehrlinge um den neuen Wimpel sammeln und unserer Jugendabteilung beitreten werden. Mit dem Geleitwort: Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte wird man niemals unterjochen! übergab Kollege Harloff der Jugendabteilung den Wimpel. Ein herzliches Glückwunsch zur ersten Fahrt der Jugendabteilung mit dem neuen Wimpel zum Jugendtreffen in Hamburg und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Verband und die Jugendabteilung schloß die Weiherede. Mitglieder des Chorvereins erfreuten die Anwesenden durch mit großem Beifall aufgenommenen Gesangsvorträge. In gemüthlicher Stimmung blieben die Kollegen noch längere Zeit beisammen.

Berufsunfälle

Hamburg. Wiederum haben die nach außen zu öffnenden Fenster zwei Berufsunfälle hervorgerufen. Am 12. September stürzte der Kollege Alfred Horns beim Fensterstreichen von außen ab. Schwerverletzt, mit Schienbeinbruch und Ferjenbruch, wurde er ins Krankenhaus transportiert. Am 16. September stürzte Kollege Erwin Dorendorf gleichfalls beim Fensterstreichen ab. Kollege D., der in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus gebracht wurde, ist glücklicherweise mit nur geringen Verletzungen davon gekommen. In beiden Fällen war die schadhafte Beschaffenheit und das unelidliche, bei Neubauten nicht mehr zulässige Nachaußen schlagen der Fenster die Ursache der Unfälle. Der unorganisierte Maler Joh. Hansen wurde am 18. September bei der Arbeit von einem Geschäftsauto gegen die Wand gedrückt und erlitt innere Verletzungen. Auch er mußte in ein Krankenhaus überführt werden.

Gewerkschaftliches

Der Gewerkschaftskongress im Spiegel der Presse. Es entspricht der zunehmenden Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung, daß sich die bürgerliche Presse mehr als je zuvor mit ihr beschäftigt. Namentlich der Gewerkschaftskongress hat gezeigt, wie die starke Massenorganisation, die in der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt, von der gegnerischen Presse bemerkt wird. Es dürfte keine Zeitung auch nur von einiger Bedeutung gegeben haben, die den Hamburger Kongress vollständig übergegangen hätte. Die arbeiterfeindlichen Blätter haben natürlich ob des ruhigen und sachlichen Verlaufs Gift und Galle gespieen. Bei den großen demokratischen Zeitungen war eine objektive Würdigung und Anerkennung der in Hamburg geleisteten Arbeit zu finden. Sehr vornehm und sachlich beurteilt die „Frankfurter Zeitung“ den Kongress, wobei sie den Gewerkschaften hohe Anerkennung zollt. Wir geben aus dem Leitartikel der Nummer 678 folgendes im Auszug wieder:

„Die gelassene, ruhige Art der Verhandlungen, die wohlfundierten Referate und die sachlich geführten Diskussionen gaben dem diesjährigen Kongress der freien Gewerkschaften beinahe das Gepräge einer jener Tagungen, wie sie von sachlichen Vereinigungen, wissenschaftlichen Gesellschaften und dergleichen in nicht zu geringer Zahl heute in Deutschland abgehalten werden. . . Die Tatsache, daß im Augenblick keine großen Kampfspalten die Geister bewegen, die temperierte Behandlung der aufgeworfenen Fragen, die ruhigen, leidenschaftslosen Debatten dürfen nicht in dem Sinne ausgelegt werden, als wenn Mäßigkeit in die gewerkschaftliche Bewegung eingebracht wäre. Man muß vielmehr feststellen, daß gerade die Hauptreferate und die Diskussion um sie mit großer Klarheit und Vertiefung die Dinge behandelten, daß die ernste, gemessene, richtigen Abstand nehmende Art, an die Probleme heranzutreten, sie zu erledigen und sie in Beziehungen zu stellen, sehr viel wissenschaftliche Schulung und sehr viel Willen zur wissenschaftlichen Objektivität zeigt. . . Der Höhepunkt des Hamburger Kongresses war das Referat Friß Raphaels über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie und die Erörterung, die sich darum spann. . . Man findet in diesen Darlegungen Kapitalismus eine sehr klare und eindeutige Zielsetzung gewerkschaftlicher Arbeit, abgeleitet aus einer sachlich-kühlen, man darf sagen wissenschaftlichen Beobachtung und Kennzeichnung der wirtschaftlichen Gesamtvorgänge. Man findet darin ein Programm der gewerkschaftlichen Arbeiterarbeit, das die gewerkschaftliche Macht und ihren Einfluß auf Staat und Gesellschaft unter einer von den traditionellen sozialistischen Schlagworten bereinigten Verfassung stellt. . . Wenn man den Gang der Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses vom ersten bis zum letzten Tage verfolgt, so hat man den Eindruck einer außerordentlich gut vorbereiteten Tagung von gleichmäßig beachtlichem Niveau, die sachlich gediegene Arbeit leisten will und jede unnötige Erhörung, jede lärmvolle Demonstration vermeiden möchte.“

Die Tarifbewegung auf den Seeschiffswerften. Am 25. September haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die durch beiderseitige Abweichung des Schiedspruches entstandene Lage stattgefunden, die ergebnislos verliefen sind. Von einer Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches wurde Abstand genommen. Nachdem der alte Tarifvertrag mit dem 30. September abgelaufen ist, wird am Montag, 1. Oktober von Seiten der Arbeiterschaft in allen Werften die Arbeit stillgelegt werden. Das Recht ist ganz auf Seiten der Arbeiter, die den aufgezungenen Kampf in gewaltsamer Einmütigkeit durchzuführen werden.

Ein Schiedspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. In der Nacht zum 1. Oktober in den Nordwesten vom 1. Oktober an eine Arbeitszeitverkürzung um 15 bis 20 Minuten für den Tag vor, in dem der Weg von „vor Ort bis über Tage“ in die Arbeitszeit eingerechnet werden soll. Des weiteren ist das sogenannte Mehrarbeitsabkommen günstiger gestaltet. Der Manteltarifvertrag vom 20. Juni 1927 wird mit einer Reihe von Abänderungen erneuert, wobei die Lohnstufen in

den Tarif eingegliedert und als ein Teil des Vertrages gelten soll. Der Tarifvertrag soll mit dem 1. Oktober in Kraft treten und mit zweimonatiger Frist, erstmals vom 31. März 1930, gekündigt werden können. Die Löhne sollen vom 1. Oktober an um 3 1/2 % erhöht werden und bis 1. Dezember 1929 gelten. Eine sofort einberufene Konferenz der Bergarbeiterverbände, die in Halle an der Saale tagte, brachte in einer Entschließung mit großer Mehrheit zum Ausdruck, daß sie der Neuregelung der Arbeitszeit und der neuen Fassung des Manteltarifvertrages zustimme. Maßgebend für diese Stellungnahme war die Tatsache, daß rund 70 000 Arbeiter in den Genuss einer Arbeitszeitverkürzung kommen, die gegen den schärfsten Widerstand der Unternehmer erkämpft werden mußte. Dagegen lehnten die Bergarbeitergewerkschaften die neue Lohnregelung als unzureichend ab.

Rundgebung für sozialistische Jugendberziehung und Jugendbeschäftigung. Die bereits vor einiger Zeit angekündigte, vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege und der Sozialistischen Arbeiterjugend einberufene Jugendführer-Rundgebung ist nun endgültig auf Sonntag, 14. Oktober, 10 Uhr vormittags, festgesetzt worden. Sie wird im Berliner Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung stattfinden: 1. „Die Bedeutung der Jugendberziehung für die sozialistische Arbeiterbewegung“. Referent: Erich Dollenhauer. 2. „Der Kampf um Jugendbeschäftigung“. Referent: Walter Maschke. 3. „Die Gestaltung der Freizeit der erwerbstätigen Jugend“. Referent: Friß Willing. Die Einladungen zu dieser Rundgebung ergeben von den veranstaltenden Organisationen.

60 Jahre Hirsch-Dunckerische Gewerksvereine. Die auf Veranlassung des Volkswirtschaftlers Dr. Max Hirsch und des damaligen Verlegers der „Berliner Volkszeitung“, Franz Duncker, im Jahre 1868 nach dem Vorbilde der englischen „Trade Unions“ ins Leben gerufenen Gewerksvereine begehen in diesen Wochen die Feier ihres 60jährigen Bestehens. Die Gründung war erfolgt, nachdem der Allgemeine Deutsche Arbeiterkongress in Berlin die Gedankengänge von Hirsch strikte abgelehnt hatte. Diese Gegenorganisation der Vorläufer unserer heutigen freien Gewerkschaften hat dann einen ziemlich raschen Aufschwung genommen, konnte doch der Verband der Deutschen Gewerksvereine schon nach einem Jahre 258 Ortsvereine mit rund 30 000 Mitglieder umfassen. Aber der Abstieg begann schon Ende 1869 mit einem verlorenen Streik der Waldenburger Bergarbeiter, und als der erste ordentliche Verbandstag gar einer Resolution zustimmte, daß „im Prinzip jede Arbeitseinstellung als den beteiligten Parteien, Arbeitnehmern wie Arbeitgeber, schädlich zu verwerfen sei“ und Dr. Hirsch „eine natürliche Harmonie der Interessen“ glaubte feststellen zu müssen, war ihr Anhang bis 1871 auf 6000 zurückgegangen. In den folgenden Jahren ging es dann wieder langsam aufwärts. Bis 1886 konnte die Mitgliederzahl auf 52 000 und bis 1891 auf 65 500 gesteigert werden. Nach dem Ablauf des Sozialistengesetzes, das die freien Gewerkschaften unter starkem Druck gehalten hatte, kam wieder ein Rückgang auf 45 000 Mitglieder. Den höchsten Stand der Vorkriegszeit erreichten die dauernd im Gefolge der bürgerlichen Freisinnspartei marschierenden „Hirsche“ im Jahre 1906 mit 118 000, während die freien Gewerkschaften zu dieser Zeit auf 1,69 Millionen und bis 1912 auf über 2 1/2 Millionen gewachsen waren. Nach dem Kriege konnten es dann die Gewerksvereine einmal auf 216 000 Mitglieder bringen; sie sind aber bis Ende 1925 wieder auf 157 000 zurückgegangen. Neuere Zahlen fehlen, da man dort mit den Veröffentlichungen sehr vorsichtig ist.

Die Abteilung „Gewerksvereine der Maler, Lackierer und graphischen Berufe, S.-D.“ begann 1872 mit 289 Mitgliedern, erreichte 1905 mit 2075 den höchsten Stand und hatte nach dem statistischen „Jahrbuch des Deutschen Reiches“ Ende 1925 noch 280 oder neun Mitglieder weniger als im Jahre 1872. Das ist eine Entwicklung, die zum Festsetzen wirklich keine Veranlassung geben kann und die zeigt, daß eine gründliche Umstellung von der traditionellen Ideologie der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine die dringendste Jubiläumsgabe ist.

Der Lithographenverband im eigenen Heim. Der Hauptvorstand des Verbandes der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe hat seine Büreauräume bisher im Metallarbeiterhaus in der Elsäßer Straße in Berlin gehabt. Da der Karlsruher Verbandsrat der Metallarbeiter die Sitzverlegung des Zentralvorstandes nach Berlin beschlossen hat und danach das Gebäude für seine eigenen Zwecke benötigt, haben die Lithographen ein eigenes, dem Mieterrecht nicht unterliegendes Bureauhaus, Königin-Augusta-Straße 12, angekauft, das nach der Räumung durch die bisherigen Mieter und Vornahme einiger baulicher Veränderungen voraussichtlich am 1. April 1929 bezogen werden kann.

Der Wirkungsbereich des Schlichtungswesens. Eine Zusammenstellung über den Wirkungsbereich des Schlichtungswesens in Nr. 134 der „Industrie- und Handelszeitung“ bietet für die organisierte Arbeiterschaft außerordentlich lehrreichen Anschauungsunterricht. Es heißt da: „Erfaßt worden sind 402 Lohnarbeitsverträge mit über 5 1/2 Millionen Arbeitern nach dem Stande vom 24. Juli 1928. Von diesen Verträgen sind 46 = 11,4 % durch verbindlich erklärten Schiedspruch zustande gekommen, 64 = 15,9 % durch Vergleich vor dem Schlichter nach vorausgegangenem Schiedspruch, 147 = 36,6 % durch beiderseits angenommenen Schiedspruch, 134 = 33,3 % durch freie Vereinbarung, in 11 Fällen, 2,8 %, herrschte am 24. Juli ein tarifloser Zustand. Die Verbindlichkeitsklärung wurde also in verhältnismäßig wenigen Fällen ausgesprochen. Zu je einem Drittel konnten dagegen die Tarife durch beiderseitige Annahme bzw. durch freie Vereinbarung zustande kommen. Interessant ist aber, wenn man für obige Zusammenstellung die Zahl der Arbeiter zur Unterlage einer Betrachtung macht. Danach fielen 1,88 Millionen Arbeiter = 33,9 % unter die verbindlich erklärten Tarife; 1 Million Arbeiter = 18,1 % unter die durch Vergleich vor dem Schlichter zustande gekommenen Tarife; 2,60 Millionen Arbeiter = 47,1 % entfielen auf Tarife, die durch freie Vereinbarung oder beiderseitige Annahme zustande kamen. Die zwangsläufige Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen wird also hauptsächlich

für den Wirkungsbereich der Großindustrie ausgesprochen. Diese Tatsache ist zweifellos sehr interessant. Die Organisationsverhältnisse sind in der Großindustrie in der Regel am schlechtesten und die Hartnäckigkeit der Unternehmer am größten. Deshalb hier auch die am meisten in Anwendung kommende Verbindlichkeitsklärung und in den Kreisen der betroffenen Arbeiter die größte Unzufriedenheit, die dann in völliger Verkenntung von Ursache und Wirkung auf die Gewerkschaften übertragen wird. Anstatt den Organisationen durch fortgesetzte Agitation soviel Macht zu verschaffen, daß alle Geilüste der Unternehmer von vornherein unterbunden werden, schweigt ein Teil in radikalen Redensarten, an denen letzten Endes der Gegner die reinste Freude hat. Ist es ihm doch gelungen, die Forderungen der Arbeiter diesmal abzuwehren, der gestaute Zorn wird sich aber das nächste Mal wieder zu seinen Gunsten auswirken, bis die Arbeiterschaft endlich erkennt, daß sie nur in Einigkeit und Geschlossenheit eine unüberwindliche Macht darstellt.“

Arbeiterversicherung

Die ärztliche Behandlung der Krankenkassenmitglieder. Als eine der hauptsächlichsten Leistungen haben die reichsgesetzlichen Krankenkassen ihren Mitgliedern nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung freie ärztliche Behandlung zu gewähren. Zur Erfüllung dieser Leistung ist es notwendig, daß die Krankenkassen mit Ärzten in Verbindung treten, die in ihrem Auftrage diese Leistungen durchzuführen. Daß das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen zu den schwierigsten Problemen der Sozialversicherung gehört, ja vielleicht überhaupt das schwerste ist, darauf soll hier nicht näher eingegangen werden. Der § 388 der Reichsversicherungsordnung bestimmt: „Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten werden durch schriftlichen Vertrag geregelt; die Bezahlung anderer Ärzte kann die Kasse — von dringenden Fällen abgesehen — ablehnen.“ Der letzte Absatz dieses Paragraphen ist für alle Mitglieder von der allergrößten Bedeutung. Grundsätzlich hat die Behandlung der erkrankten Kassenmitglieder und auch deren Familienangehörigen nur durch approbierte Ärzte stattzufinden (§ 122 RVO.). Nur in ganz dringenden Fällen sind hiervon für die ersten Hilfeleistungen Ausnahmen zulässig. Der oben wiedergegebene § 388 schränkt nun weitergehend die Durchführung der ärztlichen Behandlung nur auf solche Ärzte ein, mit denen die Kasse einen schriftlichen Vertrag abgeschlossen hat. Es sind dies die sogenannten „Kassenärzte“. Von dringenden Fällen abgesehen, „kann“ die Kasse nach dem Wortlaut der Bestimmung die Bezahlung anderer Ärzte ablehnen. Obgleich die Kassen zu dieser Ablehnung gesetzlich nicht gezwungen sind, sondern die Bezahlung nur verweigern können, haben doch fast sämtliche Kassen von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht. Eine derartige Regelung ist auch zur Durchführung eines ordnungsmäßigen Geschäftsverkehrs unerlässlich. Für die Versicherten entsteht nun die sehr wichtige Frage: Wann liegt ein dringender Fall vor, bei dem die Kasse auch die Hinzuziehung von Nichtkassenärzten übernehmen muß? Es sind über diese Frage eine Reihe Entscheidungen der Versicherungsbehörden ergangen, die im Interesse der Versicherten einmal kurz zusammengestellt sein sollen.

„Die Frage, ob ein dringender Fall vorliegt, kann nicht rein objektiv beurteilt werden. Dringlichkeit ist vielmehr auch in den Fällen anzunehmen, in denen der Kranke eine erhebliche Gefahr für sein Leben, seine Gesundheit oder seine Arbeitsfähigkeit annehmen muß.“ (Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, 14. Dezember 1914.) Nach einer andern Entscheidung darf die Kasse in einem dringenden Falle die Bezahlung des anderweit hinzugezogenen Arztes auch dann nicht ablehnen, wenn die Dringlichkeit durch das Verhalten des Kranken selbst verschuldet ist. Ein dringender Fall liegt nicht nur bei gewissen körperlichen Zuständen des Erkrankten, sondern auch dann vor, wenn sich dieser über die Frage der Versicherungspflicht und Kassenmitgliedschaft in einem entschuldigen Irrtum befindet, der zur Auffindung eines nicht von der Kasse bestellten Arztes und zur Nichtverständigung der Kasse von den getroffenen Maßnahmen führt. Ein dringender Fall liegt ebenfalls vor, wenn ein Mitglied während eines Urlaubs auf einer Reise erkrankt. (In diesem Falle ist die Kasse auch dann zur Zahlung der Auslagen verpflichtet, wenn sich das Mitglied nicht an die gegebenen Verhaltensmaßnahmen hält.) Wird von einem Kranken ein anderer Arzt hinzugezogen, da der Kassenarzt einen Kunstfehler gemacht hat, so liegt ebenfalls ein dringender Fall vor. (Der Nachweis, daß ein Kunstfehler vorliegt, dürfte allerdings in den meisten Fällen sehr schwer zu erbringen sein.) Nun zum Schluß noch zwei wichtige Entscheidungen aus der neuesten Zeit: „Besteht erhebliche Gefahr für das Leben des Patienten, so ist die Krankenkasse zur Zahlung der Behandlungskosten eines Nichtkassenarztes verpflichtet, wenn der Kassenarzt die sofortige Ueberweisung des Kranken für notwendig erachtet hat und ein Spezialarzt als Kassenarzt nicht zu erreichen war.“ (Oberversicherungsamt Magdeburg, 27. Februar 1928.) Nach einer Entscheidung des Landgerichts Osnabrück vom 20. März 1928 ist die Kasse zur Bezahlung eines zu einer Operation von einem Kassenarzt noch hinzugezogenen Nichtkassenarztes nicht verpflichtet. Auch in den Fällen, in denen ein Nichtkassenarzt aus dringlichen Gründen hinzugezogen oder aufgesucht werden muß, liegt es im Interesse des Kranken, sich als Kassenmitglied auszuweisen. Der Versicherte hat nämlich auch in dringenden Fällen keinen Anspruch auf Ersatz eines dem Arzte gezahlten höheren Honorars, wenn er sich entgegen der statistischen Bestimmung der Kasse nicht als Kassenmitglied ausgewiesen hat. Nach einer andern Entscheidung des Oberversicherungsamtes Potsdam vom 13. März 1924 kann die Krankenkasse zur Ersatzleistung über die Mindestsätze der ärztlichen Gebührenordnung hinaus nicht verpflichtet werden.“

Krankheits- und Urlaubstage bei Berechnung der Arbeitslosenunterstützung.

Nach § 105 Absatz 2 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung richtet sich die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu der einzelnen Lohnklasse nach dem Arbeitsentgelt, das er im Durchschnitt der letzten drei Monate seiner Arbeitnehmerfähigkeit vor der Arbeitslosmeldung bezogen hat. Streitig war nun zunächst, ob Tage, an denen

wegen Krankheit in den letzten drei Monaten vor der Arbeitslosmeldung die Arbeitsmerkfähigkeit nicht ausgesetzt worden ist, bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung in die Dreimonatsfrist einzurechnen seien.

Fallen in die drei letzten Monate vor der Arbeitslosmeldung Tage, an denen wegen Krankheit die Arbeitsmerkfähigkeit nicht ausgesetzt worden ist, so ist der Beginn der Dreimonatsfrist für die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung um diese Tage zurückzulegen.

In demselben Sinne hat der Spruchsenat sich dann in der grundsätzlichen Entscheidung (Nr. 3227) bezüglich der Urlaubstage, die in die Dreimonatsfrist fallen, ausgesprochen. Der Grundlag lautet:

„Urlaubstage, für die das Arbeitsentgelt ungekürzt weitergezahlt wird, sind in die Dreimonatsfrist einzurechnen. Wird dagegen das Arbeitsentgelt für Urlaubstage nicht weitergezahlt, so ist für die Berechnung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung der Beginn der Dreimonatsfrist um diese Tage zurückzulegen.“

Natürlich setzt auch die Zurückverlegung des Fristbeginns bei Krankheitsagen voraus, daß für sie das Arbeitsentgelt nicht weitergezahlt wird.

Genossenschaftliches

Die Wirtschafts- und Finanzkraft der Arbeitnehmer. Als Arbeitnehmer im weiteren Sinne des Wortes gelten hier alle Gehalts- und Lohnempfänger. Auf sie stützt sich die konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands. Und von 15 bis 16 Millionen Familien der deutschen Bevölkerung sind auch schon nahezu 4 Millionen konsumgenossenschaftlich organisiert, also ein volles Viertel. Es leben noch 8 Millionen Arbeitnehmerfamilien, deren Wirtschaftsinteressen von der konsumgenossenschaftlichen Organisation der Warenversorgung gewahrt werden. Wenn die von der Bedeutung ihrer gelammtesten, organisierten Wirtschafts- und Finanzkraft erfüllt wären, so würden sie erkennen, daß sie nicht nur „Arbeitnehmer“, sondern die eigentlichen Arbeitgeber in der deutschen Volkswirtschaft sein könnten. Das deutsche Volk verbraucht jährlich für etwa 30 bis 32 Milliarden Mark Waren, Lebensmittel usw. Die Gehalts- und Lohnempfänger könnten durch die Konsumgenossenschaften mindestens die Hälfte dieser Riesensumme „konsumieren“. Das bedeutet, daß zahllose bestehende Fabriken zu Genossenschaftsunternehmen umgewandelt und zahllose neue errichtet werden müßten. Kapitalprofit und Kapitalrisiko verschwinden, ebenso Kartelle, Syndikate und Monopolpreise. Die Ersparnis würde bei besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen von Hunderttausenden Gehalts- und Lohnempfängern in den Genossenschaftsbetrieben bei einem Umsatzbetrag von 15 bis 16 Milliarden Mark mindestens 2 Milliarden — zweitausend Millionen Mark! — betragen. Jährlich! Und es wäre unmöglich, daß Unternehmer und Handelsvertreter den Handel nicht nur die Einkäufe, sondern auch die Verkaufspreise vorschreiben könnten, die die Verbraucher bezahlen müssen. Eine Tatsache, die heute nur möglich ist, weil der Privathandel keine Kraft und auch kein Interesse besitzt, sich gegen die Preisvorschriften der Kartelle zu wehren, weil er häufig daran noch mehr verdient, gegen die Konkurrenz gekämpft ist, und vor allem, weil die Monopolpreise ja doch von den Verbrauchern in Stadt und Land bezahlt werden.

Ist so die Wirtschaftskraft der Verbraucher — konsumgenossenschaftlich organisiert — eine ungeheure, so daß sie hin zum wirklichen Arbeitgeber in der Volkswirtschaft macht, so kommt man zum gleichen Ergebnis bezüglich der Finanzkraft. Denn der Multiplikator wird durch die Masse gebildet. Schon bei einem Geschäftsanteil von 30 A, wie er fast allgemein für jedes Mitglied in den Konsumgenossenschaften aus den Rückvergütungen vom Warenumsatz gebildet wird, also nicht vorher einzuzahlen ist, ergibt sich bei einem Stande von 12 Millionen Gehalts- und Lohnempfängern ein eigenes Betriebskapital von 360 Millionen Mark. Und mit nur 40 Millionen Mark Betriebskapital finanzieren heute schon die Konsumgenossenschaften einen jährlichen Warenumsatz von 1000 bis 1200 Millionen Mark. Dabei liegen über auch schon nahezu 300 Millionen Mark in den Sparplänen der Konsumgenossenschaften. Bedenkt man nun, daß vor dem Kriege die deutschen Sparkassen in 22 Millionen Sparbüchern 19 Milliarden Mark von Lohn- und Gehaltsempfängern aufgestapelt hatten, so erkennt man auch ihre ungeheure Finanzkraft. Eine Finanzkraft, die hinreichend wäre, um jede konsumgenossenschaftliche Unternehmung zu finanzieren und rationell zu gestalten. Ja, würden die 12 Millionen Familien der Gehalts- und Lohnempfänger die errechnete Ersparnis im Betrage von 3 Milliarden Mark jährlich aus ihrer Wirtschaftskraft den Konsumgenossenschaften zu Umtrieb überlassen, so stünden ihnen in 10 Jahren — und was ist dies für ein kleiner Zeitraum in der Volkswirtschaft! — 20 Milliarden Mark zur Verfügung, ohne daß auch nur ein Pfennig von Gehalt und Lohn dazugekommen wäre! Man sieht: Die Wirtschafts- und Finanzkraft der Gehalts- und Lohnempfänger ist unerlässlich, dem Privathandel unbedingt überlegen. Aber sie muß konsumgenossenschaftlich organisiert sein. Organisiert sie!

Sozialpolitisches

Große Steigerung der Arbeitsunfälle. Nach dem Jahresbericht der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für das Jahr 1927 sind die Arbeitsunfälle im abgelaufenen Jahre bedeutend gestiegen. So hat sich die Zahl der gemeldeten Unfälle im Regierungsbezirk Potsdam von 8500 im Jahre 1926 auf 13 300 im Jahre 1927 erhöht. Der Regierungsbezirk Breslau weist eine Steigerung

von 10 808 auf 15 785 auf. Der Regierungsbezirk Arnberg hat sogar eine Steigerung von 80% zu verzeichnen. In Düsseldorf kamen auf 1000 beschäftigte Arbeiter 82,9 Unfälle gegen 73,9 im Vorjahre. Im Regierungsbezirk Frankfurt a. M. liegt eine Steigerung von 48,8 auf 52,1 je 1000 Arbeiter vor. Das sind einige Beispiele, die zeigen, daß die Arbeitsunfälle ganz wesentlich gestiegen sind. In diesem Zusammenhange wird untersucht, inwieweit die Rationalisierung auf die Steigerung von Arbeitsunfällen eingewirkt hat. Im Bericht wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Umstellung der Industrie, die meistens in der Mechanisierung der Transporte, Bindung des Arbeiters an den Arbeitsplatz, Automatisierung von Maschinen und ähnlichen erfolgte für die Unfallverhärtung von Vorteil ist. Wenn das in dieser Beziehung nicht zur Auswirkung kommt, so dürfte ein Beweis dafür vorliegen, daß die Rationalisierung nicht richtig vorgenommen wurde. Zweifellos wird in der gegenwärtigen Produktion in erhöhtem Tempo gearbeitet. Ein großer Teil der gesteigerten Unfälle wird auf dieses schnellere Arbeitstempo zurückzuführen sein.

Träger der Konjunktur ist der lebende Mensch! Es wird jetzt außerordentlich viel bezüglich der Wirtschaftsforschung getan. Namentlich bildet der Konjunkturverlauf immer wieder die Ursache gründlicher Untersuchungen. Nach der Rede Schmalenbachs ist man allgemein davon überzeugt, daß die fixen Kosten der Produktion infolge der Mechanisierung immer mehr anwachsen und deshalb die erste Stelle in der Wirtschaftsforschung verdienen. Demgegenüber gilt es, hervorzuheben, daß nach wie vor der arbeitende Mensch als Träger von Wirtschaft und Konjunktur betrachtet werden muß. Es würde deshalb ebenso wichtig sein, sich einmal mit den fixen Kosten des lebenden Menschen, der arbeitet und verbraucht, zu beschäftigen. Letzten Endes sind die fixen Kosten der Produktion nur ein Mittel, um die Konsumkraft der breiten Massen auszufüllen. Träger der Konjunktur ist die Kaufkraft. Je weniger Kaufkraftüberschuß bleibt, desto weniger kann gekauft werden. Eine Uebersicht zeigt, daß derjenige Teil der Produktion, der für den Inlandsmarkt bestimmt ist, immer größer wird. In allen Ländern ist eine starke Leistungssteigerung zu beobachten, die mit dem Bestreben nach verstärkter Warenausfuhr einhergeht. Nichts muß der Inlandsmarkt immer sorgfältiger gepflegt werden, um die überschüssigen Warenmengen aufnehmen zu können. Mehrproduktion ist heute kein Problem mehr, wohl aber, wie diese stetig steigende Menge der Produkte abgesetzt werden kann. Eine moderne Wirtschaftsforschung müßte zum Ziel haben, nicht in erster Linie die Produktionsgrundlagen, sondern die Absatzbedingungen zu erforschen. Das Resultat würde sein, daß immer breitere Schichten der Bevölkerung von der Stärkung der Kaufkraft überzeugt werden und dafür eintreten.

Verlegung der Lohnzahlung auf verschiedene Wochentage regt der bekannte Wirtschaftspolitiker Professor Dr. Julius Firsch an. Er fordert, daß vor allem die Industrie ihre Lohnzahlungstermine über die einzelnen Wochentage verteilen möge, anstatt wie bisher in allen Betrieben immer einheitlich am Freitag oder Sonnabend auszuzahlen. Die Folge einer Auseinanderlegung der Lohnstage in den einzelnen Industrien wäre nach seiner Ansicht ein gewisser Ausgleich insbesondere in der Umsatzbewegung des Einzelhandels. Denn durch die regelmäßige Zusammenballung des Hauptgeschäfts auf das Wochenende müßte nicht nur der Einzelhandel seinen Betriebsapparat an diesen Tagen auf den Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit steigern, während an den übrigen Wochentagen durch ungenügende Ausnutzung ein kostspieliger Leerlauf entstehe, sondern die Arbeiterkraft muß in der Regel auch höhere Preise für oft recht ausgesuchte Waren zahlen. Wenn man sich auch darüber klar sei, daß eine Auseinanderlegung der Lohnzahlungstermine die Umsatzschwankungen während der Woche nicht völlig aus der Welt zu schaffen vermöge, da zum Teil die zeitliche Kaufmöglichkeit des für weite Bevölkerungskreise arbeitsfreien Sonnabend nachmittags die Umsatzsteigerung am Wochenende herbeiführt, so müßte doch wenigstens mit einer wesentlichen Abmilderung der Schwankungen gerechnet werden, wodurch wesentliche Unkosten zu beseitigen möglich sein müßte. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels will diese Anregungen zum Gegenstande eingehender Untersuchungen machen. Schwieriger wird es schon sein, auch die Industrie von der Zweckmäßigkeit dieser Vorschläge zu überzeugen. Aber wo so grundlegende Veränderungen durch Rationalisierung durchgeführt wurden, muß sich auch eine einmalige Umstellung auf einen andern Lohnzahlungstag durchführen lassen.

Die Kapitalversorgung der kleinen und mittleren Industrie. Nach längeren Verhandlungen ist die Zentralbank deutscher Industrien als besonderes Finanzierungsinstitut der mittleren und kleinen Industriebetriebe gegründet worden. Als Gründerfirmen treten auf: die Staatsbanken der deutschen Einzländer und einige größere Privatbankhäuser. Man beabsichtigt mit diesem Institut, der kleinen und mittleren Industrie langfristige Kredite mit einer Laufzeit bis zu 20 Jahren zu geben. Die Tilgung soll in 40 Raten in Abständen von einem halben Jahr erfolgen. Das Aktienkapital ist vorläufig auf 17,5 Millionen Mark festgesetzt. Was zu dem zehnfachen des Aktienbetrages kann fremdes Kapital aufgenommen werden. Somit würde die Bank in der Lage sein, Kredite bis zur Höhe von 192,5 Millionen Mark zu vermitteln. Die Höhe der Zinsen wird sich mit den Zinsschlägen auf etwa 8% belaufen. Die Kreditnehmer müssen insgesamt mit 10% des Darlehensbetrages haften. Diese Haftung läuft ein Jahr nach der Rückzahlung des Kredits ab. Die Kredite sollen vorläufig in USA. aufgenommen werden. Eine Reihe amerikanischer Großbanken hat sich zur Vermittlung von Kapital bereitgestellt. In andern Ländern, vor allem in England und Holland, sollen später ebenfalls Fonds zur Zeichnung aufgelegt werden. Die kleine und mittlere Industrie ist in der deutschen Wirtschaft nicht unwichtig und können solche Versuche, sie mit Geld zu versorgen, nur begrüßt werden.

Werft die gelesenen „Maler“ nicht fort! Gebt sie den Amorganierten!

Geschäft und nationale Würde. Ein wahres Musterbeispiel der Vertretung deutscher Interessen und deutschen Ansehens im Ausland bietet die Phöbus-Film-Gesellschaft, untrübenhaft bekannt aus der Affäre Lohmann, jenes Flottenkapitäns aus dem deutschen Wehrministerium unter der glorreichen Leitung Gehler's. Damals ist die Phöbus-Film-Gesellschaft mit Millionen deutscher Steuergelder gepöpselt und saniert worden. Jedenfalls mit ebenso hohen Summen, wie sie später zu der famosen Rücklage angeammelt wurden, aus der nunmehr die erste Rate für den Panzerkreuzer A so freigebig zur Verfügung gestellt werden kann. Eine fast ungläubliche Tatsache wird unter Namensnennung eines ehemaligen deutschen Konsuls von der „Welt am Montag“ aus Spanien gemeldet. In einem Kino in Sevilla sollte ein Phöbusfilm: „Die Meisterfinger von Nürnberg“, vorgeführt werden. Die Einladung an die dortige Bevölkerung erfolgte durch nachstehenden, wörtlich aus dem Spanischen überetzten Prolog:

„Wir haben gar keine Veranlassung, für das heutige Deutschland Propaganda zu machen, aber wir bitten das geehrte Publikum, sich im Geste 400 Jahre zurückzuerkennen, um so die schönen Bilder des vom unsterblichen Meister Richard Wagner unsterblich gemachten Nürnberg zu genießen.“

Was sollte wohl die Phöbus-Gesellschaft veranlassen, für das heutige Deutschland auch noch Propaganda zu machen, nachdem ihr der deutsche Reichstag das glänzende Geschäft mit Kapitän Lohmann so schauderhaft vermasselt hat? Aber das Vorkommnis zeigt, daß die Leute dort immer „Patriotismus“ schreien und damit ein möglichst einträgliches „Geschäft“ meinen. Mag die deutsche Wirtschaft nach Absatzmärkten für ihre Industrieerzeugnisse suchen, die Phöbus-Gesellschaft hat keine Veranlassung, diese Bestrebungen zu unterstützen. Ja, da waren von 400 Jahren doch andere Zeiten. Wenn man die idealen Zustände doch wieder herbeirufen könnte! Ob es der Gesellschaft gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß sie sich selbst am meisten blamiert hat? O pflü über diese Heuchler!

Der Lohnanteil am Arbeitsprodukt ist in Amerika größer als in Deutschland.

Die langanhaltende gute Konjunkturlage und die Prosperität der amerikanischen Wirtschaft wird mit Recht auf die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne zurückgeführt. Wenn sich das deutsche Unternehmertum immer darauf beruft, daß bei uns die angeblich hohen Löhne die Preise nach oben drücken, das heißt, daß der deutsche Lohn den Endpreis des Produkts mehr belastet als der amerikanische Lohn, obgleich die Löhne drüben um das mehrfache höher sind, so wird dieser Einwand aus der gewiß unerschöpflichen Quelle eines deutschen Industriezweiges auf schlagendste widerlegt. Nach einer Statistik der Deutschen Bereisungsindustrie betragen die Rohstoffkosten in Deutschland rund 118,06 Millionen Mark; der Erzeugungswert wird mit 205,57 Millionen Mark angegeben; die Lohnkosten machen 19,7 Millionen Mark aus. Für die nordamerikanischen Bereisungsindustrien ergeben sich Rohstoffkosten in Höhe von 2445,9 Millionen Mark und ein Erzeugungswert von 3873,75 Millionen Mark. Die Lohnkosten stellen sich auf 505,31 Millionen Mark. Es ergibt sich, daß die Aufwendungen für den Rohstoff und der Erzeugungswert in Amerika zwanzig, beziehungsweise neunzehnmal so groß sind als in Deutschland. Die amerikanische Lohnsumme macht aber das 2 1/2 fache der deutschen aus. Berechnen wir die Aufwendungen pro Kopf der beschäftigten Personen, dann ergibt sich folgendes:

	Deutschland:	Nordamerika:
Belegschaft.....	10 000 Personen	81 000 Personen
Lohnanteil pro Kopf.....	2 000 RM	6 240 RM
Erzeugungswert pro Kopf	8 751 „	18 886 „

Der Lohnanteil in Deutschland verhält sich zum Produktionswert wie 1 : 4,3, in Amerika dagegen etwa wie 1 : 3. Von produzierten Wert entfallen in Deutschland 2 1/2% auf den Lohn, in Amerika dagegen mehr als 3 1/2%. Die tatsächlich gezahlten Löhne belasten in Deutschland den Preis also nicht in dem Maße wie in Amerika. Der niedrigere Lohn in Deutschland ist eine Profitquelle für das Unternehmertum. Für die höhere Profitquote tauscht aber das deutsche Unternehmertum eine Verschlechterung des Marktes ein, der bei weitem nicht so aufnahmefähig ist und den Auswirkungen von Wirtschaftskrisen schneller unterliegt als der amerikanische Markt. Es bleibt also dabei, daß Stärkung der Kaufkraft und Prosperität der Wirtschaft Hand in Hand gehen.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Gesundheitspflege und Lichtbild. Es ist selbstverständlich, daß das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden bei der Herausgabe von geeignetem Anschauungsmaterial über gesundheitliche Volksbelehrung dem Lichtbild eine besondere Pflege angedeihen läßt. So sind im Laufe der letzten Jahre etwa 70 eigene Lichtbildreihen nach und nach über die verschiedensten Gebiete der Gesundheitspflege angefertigt und zusammengestellt worden. Wie ungeheuer groß die Nachfrage nach diesen Lichtbildreihen geworden ist, mag daraus hervorgehen, daß allein im letzten Jahre rund 150 000 Lichtbilder von dem Zentralinstitut für Volksgesundheitspflege angefordert worden sind. Die Lichtbilder können von der Aktiengesellschaft für hygienischen Lehrbedarf, Dresden-A., Zirkusstraße 38/40, zu mäßigen Preisen bezogen werden. Das Deutsche Hygiene-Museum hat diesem Unternehmen das alleinige Recht zur Herstellung und zum Vertrieb von Lichtbildern aus seinen Sammlungen übertragen. Auf Anfrage wird auch über die einzelnen Themen der Lichtbildreihen gern Auskunft gegeben.

Aus den Arbeitsgerichten

rd. Das Recht der Arbeitslosen. Ein Arbeitslosenunterstützung bezehender Arbeiter war vom Arbeitsamt an eine auswärtige Firma verwiesen worden. Der Arbeiter lehnte die Beschäftigung mit der Begründung ab, er könne seine an epileptischen Anfällen leidende Frau nicht allein lassen, besonders nicht in der Nacht, und diese Behauptung bewies

er durch Vorlegung eines ärztlichen Attestes. Trotzdem wurde dem Arbeiter daraufhin für vier Wochen die Unterstützung versagt.

Nachdem auch der Einspruch des Arbeiters zurückgewiesen worden war, legte er Berufung ein, indem er sich auf § 90 Absatz 2 Nr. 5 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berief, wonach ein berechtigter Grund zur Ablehnung einer angebotenen Arbeit vorliegt, wenn die „Versorgung“ der Angehörigen nicht hinreichend gesichert ist.

Das Reichsversicherungsamt hat denn auch grundsätzlich zugunsten des Arbeiters entschieden. Die Frage, ob unter „Versorgung“ auch Wartung und Pflege erkrankter Familienangehöriger fallen kann, müsse unbedingt bejaht werden. Ob im Einzelfall die Ablehnung einer Arbeit aus diesem Grunde berechtigt ist, läßt sich nur nach den besonderen Umständen des Falles entscheiden. Dabei ist, soweit Angehörige der Wartung und Pflege bedürfen, zunächst von Bedeutung, ob die Wartung nur durch den Arbeitslosen selbst geleistet werden kann, oder ob seine persönliche Mitwirkung von wesentlich günstigem Einfluß auf den Zustand des Pflegebedürftigen oder den Heilerfolg ist. Kann die Wartung auch durch andere Personen geleistet werden, dann ist vor allem zu prüfen, ob solche Personen zur Verfügung stehen, welcher Aufwand dem Arbeitslosen dadurch entsteht und ob dem Arbeitslosen nach seinen Lebensverhältnissen etwas derartiges zugemutet werden kann, oder ob dadurch etwa die wirtschaftliche Versorgung des Arbeiters und seiner Angehörigen in unangemessener Weise beeinträchtigt wird.

Die Sache war daher zur weiteren Feststellung in die Vorinstanz zurückzuverweisen. (N.V., II. a, Nr. 91.28.)

Vom Ausland

Arbeiterausbeutung in der amerikanischen Automobilindustrie. Die amerikanischen Automobilindustrie beschäftigt 490 000 Arbeiter. Gegenüber den vielfachen Berichten über die hohen Löhne der Arbeiter dieses Industriezweiges ist es besonders angebracht, zu erfahren, wie gerade in Detroit, dem Mittelpunkt der Automobilherstellung, un menschliche Arbeitsbedingungen herrschen, die amerikanische Zeitungen von der Sklaverei der Automobilarbeiter reden liessen. Detroit ist der Sitz Fords und seines grössten Konkurrenten, der General Motors. Das fließende Band, auf dem die Arbeitsstücke sich fortbewegen, wird auf Geschwindigkeiten eingestellt, die der Arbeiter mit absoluter Erschöpfung und frühzeitigem Altern bezahlen muss. Dort, wo die Anwendung des fließenden Bandes sich als technisch unmöglich herausstellt, werden die Akkordarten beschnitten, damit der Arbeiter freiwillig das Arbeitstempo erhöht, um durch Mehrleistung seine frühere Einkommenshöhe beizubehalten. Eine gebräuchliche Methode des Antreibens besteht darin, dass regelmässig an der Fabriktafel eine Liste veröffentlicht wird, auf welcher die Leistung jedes einzelnen Arbeiters angezeigt wird, um so den Wettbewerb unter den Arbeitern anzuregen. Bevorzugt wird seitens der Fabrikleitungen vor allem der Gruppenakkord, bei dem der Arbeiter dem Unternehmer das Anstreben abnimmt, da aus Eigeninteresse jeder den Arbeitskollegen zur Arbeit anspornt. Das sind nur einige der Methoden, die im Gebrauch sind, um den Arbeiter zu grösseren Leistungen anzutreiben. Zu ihnen kommen noch manche andere Methoden hinzu (man lässt den Arbeiter in ständiger Angst, entlassen zu werden, und holt so grössere Arbeitsleistungen aus ihm heraus, man lässt den Fabrikraum im Winter möglichst kalt, damit die Arbeiter veranlasst werden, sich warm zu arbeiten usw.). Diese Arbeitsmethoden brachten denn auch eine ungewöhnliche Leistungssteigerung. Verdoppelung, ja Verdreifachung der Leistung, oft sogar bei vermindertem Arbeiterbestand, sind keine Seltenheiten. Die in einer solchen Leistungssteigerung zum Ausdruck kommende Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft konnte nur von den Unternehmern durchgesetzt werden, da gerade der amerikanische Automobilarbeiter kaum gewerkschaftlich organisiert und deshalb schutzlos dem Unternehmer ausgeliefert ist.

Berühmtes

Das Deutsche Erfindershaus, e. V. Diese in Hamburg im Jahre 1925 für die Industrie und Erfinderschaft gemeinsam gegründete Organisation hat zur Errichtung einer dauernden Erfindungsmesse mit Neuheiten-Exportmusterschau das geräumige Gebäude Neue Rabenstraße 19 angekauft und bereits bezogen. Das Deutsche Erfindershaus verdient insofern noch besondere Beachtung, als es eine solche übersichtliche Sammelstelle für alle Neuschöpfungen auf dem Gebiete des technischen Erfindungsfortschrittes im Deutschen Reich bisher noch nicht gab, obwohl volkswirtschaftlich ein erhebliches Bedürfnis hierfür längst vorlag. Das bisherige Erfindungsdurcheinander mit seinen bekannten Ausbeutungsmethoden und sonstigen Schattenseiten wird nunmehr zum Nutzen der Allgemeinheit bald gänzlich ein Ende haben. Die Stadt Hamburg mit ihren reichen Handelsbeziehungen nach allen Erdteilen ist für eine solche Erfindungs- und Neuentwicklungsstelle unbedingt der geeignete Platz. Interessenten mögen sich wegen Auskünften in Erfindungsangelegenheiten an obige Adresse wenden.

Keine naturwissenschaftlichen Gesetze mehr! Lichtbildvorführungen sind unzweifelhaft neben dem Rundfunk ganz besonders geeignet, in den Dienst der Aufklärung und allgemeinen Volksbildung gestellt zu werden. Man muß aber leider fast täglich die Beobachtung machen, daß beide noch ziemlich jungen und noch weiteren Ausbaues fähigen Erfindungen vielfach zu einer wässrigen Hege gegen fortschrittlichere Gesichtspunkte verwandt werden. In früherer Erinnerung dürfte noch leben, daß ein englischer Wissenschaftler über gewisse Vorkommnisse während des letzten Krieges unter anderem auch die Erfindung der Nitro Cellulose verfuhrte und damit in deutschen Kreisen eine ziemliche Em-

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

prüfung hervorgerufen hat. Nun sind unsere deutschen Nationalisten um keinen Deut besser als die Nationalisten anderer Länder, und wenn es irgend zu machen ist, dann wird auch dem harmlosen Unterhaltungsfilm eine starke Dosis übertriebenen Nationalbewusstseins beigegeben, die vor einer Herabsetzung anderer Nationen nicht zurückschreckt, sondern fremde Stammesgemäßheiten nicht nur bewußt, sondern in verächtlichmachender Weise ins Groteske verzerrt. Auf diesem Gebiet wissen besonders die militaristischen Filme ganz erhebliche Leistungen aufzuweisen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Lichtspieltheaterbesitzer auf ihrer ersten internationalen Tagung in Berlin den Beschluß gefaßt haben, keinerlei Filme mehr vorzuführen, in denen irgendeine Nation verunglimpft oder in ihrem nationalen Empfinden verletzt wird. Dieser Beschluß ist von den Vertretern der Lichtspieltheaterbesitzer-Organisationen von Belgien, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Holland, Indien, Jugoslawien, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei und Ungarn anerkannt, und es ist weiter beschlossen, sich in einem Aufruf an die Kinobesitzer der ganzen Welt zu wenden, damit sie sich dieser vernünftigen Maßnahme anschließen. Wirksam wird dieser Beschluß aber erst dann, wenn sich die Menschen aller Länder zur Herbeiführung eines wahren Völkertiedens verständigt haben werden. Immerhin ist ein weiterer Schritt auf diesem Wege getan worden.

Gefährliche Schiffsadungen.

Daß nicht nur chemische Produkte durch Entwicklung flüchtiger Gase dem Menschen gefährlich werden können, zeigt ein Fall, bei dem kürzlich ein Seemann durch Ausdünstungen überreifer Apfelsinen den Tod gefunden hat. Dieses Unglück hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Gefahren gelenkt, die bei Schiffsadungen durch die Gasbildung bei Früchten und andern Nahrungsmitteln hervorgerufen werden. Besonders sind in dieser Hinsicht die Äpfel gefährlich, die im Herbst in großen Mengen von der Bretagne nach England gebracht werden und deren starke Dunstentwicklung schon eine ganze Reihe von Unglücksfällen zur Folge hatte. Auch überreife Bananen können im abgeschlossenen Schiffsraum außerordentlich gefährliche Gase entwickeln. Im letzten Jahre erstickten zwei Männer, die einen solchen Raum betreten. Die Londoner Docks haben viel Schwierigkeiten mit Erdbeerdüngen, die sich in den Aufbewahrungsräumen ansammeln, und feuchte Pakete haben in der sengenden Sonnenhitze des Persischen Golfes schon den Tod manches Seemannes auf den arabischen Küstendäusen verursacht. Eine noch schlimmere Ladung ist feuchter Weizen, der sehr rasch ein gefährliches Gas entwickelt, häufig in Ödung übergeht und dann eine Explosion hervorrufen kann. Auch die Ausdünstungen von Häuten und Fellen sind schon manchmal die Veranlassung für den Erstickungstod von Schiffsmannschaften gewesen. Ebenso gefährliche Ladungen sind Zucker, Eßig in Flaschen, Muschelkalk, verschiedene chemische Produkte und Ferrosilicium. Ein Schiff, das derartige Ladungen an Bord hat, muß daher stets daraufhin überwacht werden, daß sich nicht derartige Dämpfe im Laderaum ansammeln. Ein eigenartiger Unfall trat kürzlich an Bord eines Dampfers zu, der kürzlich mit einer Ladung in Bristol eintraf. Zwei Offiziere, die den Laderaum des Schiffes betreten, wurden durch die Dämpfe betäubt und brachen bewußtlos zusammen. Auch Zwiebelladungen erfordern Vorsicht, denn es ist noch nicht lange her, daß ein Lademeister im Hafen von Marseille auf einem mit Zwiebeln beladenen Dampfer durch die von diesen entwickelten Dämpfe getötet wurde. (Die „Schiffahrt“.)

Fachtechnisches

Die Wirkung der Farben auf den Menschen. Wenn Farben als Medizin angesprochen werden, so ist damit natürlich nicht der Farbstoff gemeint, der Heilkraft habe und gegen innere Krankheiten vielleicht lösselweise eingenommen oder äußerlich zu einer Schmierkur verwendet werden soll. Zwischen dem Farbstoff und der physikalischen Wirkung der Farbe als solche ist ein großer Unterschied. Schon Goethe, der nicht nur ein großer Dichter, sondern auch ein bedeutender Gelehrter seiner Zeit war, hat sich eingehend mit der Farbenlehre beschäftigt und hat festgestellt, daß die Farben durch dynamische, das heißt innere Kraft auf den Menschen

einzuwirken vermögen. Die physikalische und physiologische Wirkung der Farben wurde allerdings erst viel später erkannt. In der Augustausgabe der Zeitschrift „Das Reformhaus“ berichtet Michale darüber, daß die ersten Versuche über die Hellwirkung der Farben vor etwa 20 Jahren gleich zeitig in Amerika und in Europa vorgenommen wurden. Dr. Jeller, der ein Krankenhaus im Staate Illinois leitete, machte damals aufsehenerregende Erfahrungen durch Behandlung von Nervenkrankheiten mit farbigem Licht. Die gleichen Erfahrungen wurden von hervorragenden Autoritäten in England gemacht. Die Einführung von farbigen Fenster-Krankenanstalten wird daher ernstlich geprüft. Für die Hellwirkung kommen besonders die gelben, blauen, roten und violette Farben in Betracht. Die blaue Farbe soll Wiederherstellungskraft besitzen. Noch stärker so Violett wirken, das besonders bei Schlaflosigkeit angewendet wird. Gegen Rot werden viele Vorbehalte gemacht und es darf deshalb nur in mäßigen Grenzen verwendet werden. In kleinen Mengen wird dem Rot allerdings eine Stärkung der Lebenslust und Freude zugeschrieben. Gelb soll sehr anregend wirken. Grün erzeugt Ruhe und beruhigend bei nervösen Störungen gute Einwirkungen auf den Kranken. Die von namhaften Ärzten mit Farben gemachten Erfahrungen werden sicher das Hellwesen der nächsten Zukunft beeinflussen.

Aber auch im Leben des gesunden Menschen wird die Farbe wieder mehr Bedeutung als früher erhalten. Die moderne Dichtung ist stark auf die Verwendung von Farben eingestellt. Wenn ihr Wert für das Wohlbefinden der Menschen auch von Laien erst voll erkannt wird, dann dürfte es vorkommen, daß die Kunstschaffenden Maler in vielen Fällen um Rat angeht. Das gebietet nun nicht etwa zum Aufgabenkreis unseres Berufes und muß dem Verste überlassen bleiben, der auf Grund seiner medizinischen Kenntnisse die im einzelnen richtige Farbe als Medizin verschreiben muß. Offenungsgedacht haben wir alle Veranlassung, die Entwicklung mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, und sie schon aus eigenem Berufsinteresse nach Möglichkeit zu fördern.

Literarisches

Die Bauhütten, ihre Vergangenheit und Zukunft, von Alexander Garbat. Verlag Deutscher Arbeiter-Verband, Hamburg. Das reich illustrierte und gut ausgestattete Buch will auf die heranwachsende Generation im gesamten Bauwesen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft hinweisen. Der Verfasser stützt sich bei dieser Aufgabe auf kurze, aber klare Darlegungen aus der Baukunst, der Bautechnik und der Bauarbeiten von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart. Er zeigt, wie die kunstvollen und mächtigen Bauwerke früherer Zeiten nur durch die enge Zusammenarbeit aller Faktoren und nicht zuletzt mit den hausführenden Brüdern der Bauhütten möglich waren, die in ihrem Geiste eine zielbewusste Fortentwicklung in der von den modernen Gewerkschaften geschaffenen neuen Bauhüttenbewegung gefunden haben. In dem Buche wird anschaulich geschildert, wie die Gewerkschaftsarbeit und der Kampf um die Lebensbedingungen in der Nachkriegszeit den Gedanken einer neuzeitlichen, gemeinwirtschaftlichen baugewerblichen Arbeitsorganisation geweckt hat. Er weist außerdem auf die Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung und auf die von den heutigen Bauhütten zu lösenden Aufgaben hin, um durch eine im wahrsten Sinne soziale Produktion das heute noch vorherrschende Profitinteresse des kapitalistischen Unternehmertums mit der Zeit beseitigen zu können. Das ganz in seinen gebundenen, 232 Seiten auf feinstem, feinem Papier gedruckte Buch ist vom Buchhandel für 3.00 M., für den Deutschen Arbeiter-Verband in Hamburg, Claus-Großstraße 1, zum Preise von 2.00 M. zu beziehen.

„Die Bauhütten“, Zeitschrift für sozialistische Arbeiterbildung, mit Beilage „Arbeiterbildung“ im Preise von 1.50 M. für das Vierteljahr durch die Post oder durch die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 P. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

„Sozialer Kämpfer“, von August Karsten, herausgegeben vom Zentralverband der Arbeitssinnlichen und -Mittler Deutschlands, Berlin-Schöneberg. Zum Preise von 2.00 M. und dort zu beziehen. Das Buch ist soeben in vierter, wesentlich weiterentwickelter Auflage erschienen. Wegen seiner Klarheit und allgemeinen Fassung ist es den Funktionären der Gewerkschaften und allen, die über die vielseitigen Fragen der sozialen Versicherungen usw. Rat und Auskunft suchen, auf das angelegentlichste zu empfehlen.

„Aufbruch im Rauscher Band“. Unter diesem Titel hat der Neue Deutsche Verlag, Berlin W. 8, ein Waffenschriftchen von Rudolf Fuchs herausgegeben, das in den Märztagen 1921 spielt und sich nach Angabe des Verlages in der Schilderung der damaligen Vorgänge auf die Niederchrift des Untersuchungs-ausschusses des Preussischen Landtages stützt.

Das sozialistische Jahrhundert. Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Bothfeld. Heft Nr. 7/8. Preis vierteljährlich 60 P. und 15 P. Porto.

„Der Wahre Jacob“. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierteljährlich und kann durch die Post, alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag F. H. Dieb Nachfolger, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bezogen werden. Preis der Nummer 30 P.

„Die Gemeinde“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Für alle in den Gemeinden tätigen Genossen und Genossinnen unentbehrlich. Bezugspreis monatlich 1.00 M. Durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag F. H. Dieb Nachfolger, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

„Das sozialistische Jahrhundert“. Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Bothfeld. Preis vierteljährlich 60 P. und 15 P. Porto.

Vom 1. bis 7. Oktober ist die 40. Beitragswoche
Vom 8. bis 14. Oktober ist die 41. Beitragswoche

Stirbetafel.

Dresden. (Jahresstelle Pirna.) Am 20. August starb nach langer Krankheit an einem Herzleiden unser Kollege Rudolf Suchy im Alter von 50 Jahren.
Görlitz. Am 2. September starb unser treuer Kollege Karl Worsche im Alter von 59 Jahren. Seit 1911 im Verband.
Nordhausen. Am 8. September starb nach langer Krankheit (Nierenleiden) im Alter von 48 Jahren unser treuer Kollege Hans Tauer, geboren 4. März 1880 in Kulmbach.

Ehrendem Andenken!